

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate
1/4 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 11. September. Se. Majestät der Königin haben dem Großherzog von Oldenburg, Königlichem Oberst, General der Kavallerie und Chef des Westfälischen Kürassier-Regiments Nr. 4, das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern, en sautoir zu tragen, und den Roten Adlerorden dritter Klasse mit Schwertern, dem Herzog zu Sachsen-Coburg-Gotha, General der Kavallerie und Chef des Magdeburgischen Kürassier-Regiments Nr. 7, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit Schwertern und dem Erbprinzen Leopold zu Coburg-Saalfeld-Sigmaringen, Oberstleutnant à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß, das Ritterkreuz des Königlich preussischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern zu verleihen geruht.
Se. Majestät der Königin haben Alexander von Scharnhorst, Major im 1. Grenadier-Regiment, zum Direktor des Kreisgerichts daselbst; so wie den Kreisgerichtsrath Krause in Stallupönen zum Direktor des Kreisgerichts daselbst; und den Mitbegründer der Ministerial-Baukommission, Regierungs- und Bauath Herrmann zu Berlin, zum Mitgliede der Königlich preussischen technischen Baudeputation zu ernennen; dem mit Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden der Bergwerksdirektion zu Saarbrücken kommissarisch beauftragten Bergassessor Wagner den Charakter als Bergath; desgleichen dem Kreisphysikus Dr. Wilczewski in Marienburg den Charakter als Sanitätsrath.

Telegramme der Posener Zeitung.

Kassel, 10. September, Nachmittags. Das „Gesetzblatt“ veröffentlicht einen von dem Generalgouverneur und dem Administrator genehmigten Erlaß, wodurch die Errichtung einer Kommandite der preussischen Bank in Kassel genehmigt wird. Dieselbe soll für ihren Geschäftsbetrieb innerhalb Kurhessens diejenige Stellung einnehmen und diejenigen Rechte genießen, welche durch die Bankordnung vom 5. Oktober 1846 festgesetzt sind.

Darmstadt, 10. September. Die „Darmstädter Ztg.“ enthält ein Telegramm aus München vom gestrigen Tage, nach welchem der Großherzog von Hessen den Friedensvertrag mit Preußen genehmigt und die Ratifikationsurkunde vollzogen hat. Der Legationsrath Hoffmann wird zur Auswechslung der Ratifikation sich unverzüglich nach Berlin begeben.

Paris, 10. September, Nachmitt. Aus Konstantinopel wird vom 8. September gemeldet: Mustafa Pascha geht erst heute mit wohlwollenden Instruktionen für die Aufständigen nach Kandia ab. Die Landbewohner islamitischen Glaubens auf der Insel haben meistens ihre Dörfer verlassen und sich mit Habe und Gut nach Chania geflüchtet. Griechisches Blut ist bis jetzt nicht vergossen worden, wie griechische Journale irrtümlich behauptet haben.

Das Herrenhaus.

Die Debatte über die Wucherer im Herrenhause hat wieder das vesterum censeo der Presse über dieses Haus erschallen lassen, in dem sich so ein ständiges Mittelalter erhalten findet, das allerdings zu grell absteht gegen das neu aufgehende Deutschland. Aber die folgende mit einer Reform oder völligen Umgestaltung bei der Hand sind, mögen sich die Sache doch wohl etwas zu leicht denken. Um die Schwierigkeiten der Bildung dieses Herrenhauses zu würdigen, sollten sie in dieser Beziehung gepflogenen Kammerberatungen der Jahre 1848 und 1849 nachlesen. Sie würden dort auf ein Duzend Gefegentwürfe und ein Schock Amendements dazu stoßen. Die Bildung der ersten Kammer war das schwerste Stück Arbeit dieser beiden Jahre.

Vor Allem darf man nicht vergessen, daß die Umbildung des Herrenhauses weder von der Regierung detriert, noch vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden kann. Das Haus kann nur durch sich selbst, unter seiner Mitberathung, reformirt werden, wenn nicht ein Staatsstreich in diesem Falle erwünscht wäre; da entsteht nun die große Frage, wie sollte dies zu ermöglichen sein? Das Haus in seiner jetzigen Zusammensetzung wird keine konservativen Elemente aufgeben, auf legislativem Wege ist daher ein Aufbruch desselben auf ganz veränderter Grundlage fast undenkbar.

Sehen wir uns die Elemente an, aus denen das Herrenhaus besteht, so finden wir zunächst die großjährigen königlichen Prinzen. Daß diese nicht geneigt sein werden, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen und in bestimmter politischer Richtung im Hause zu wirken, dürfte sich aus ihrer Stellung ergeben. Die Häupter der ehemals unmittelbar reichständischen Häuser in Preußen nehmen ihren Sitz im Hause erfahrungsmäßig so selten ein, daß auch von ihrer Seite ein nennenswerther Einfluß auf dessen Arbeiten nicht zu erwarten steht.

Dagegen gehören die Mitglieder, welche der König auf Lebenszeit ernannt, wohl im Durchschnitt zu den thätigeren, ihre Zahl ist aber gering und gesetzlich limitirt. Nach ihnen erscheinen die neunzig Mitglieder, welche in Wahlbezirken, die das Gesetz feststellt, gewählt werden. Im Schooße dieser Gruppe, obgleich sie zu dem Wahlelement des Hauses gehört, ruht die eigentliche Reaktion, wogegen schließlich die drei nach Maßgabe des Gesetzes gewählten Mitglieder aus den größeren Städten des Landes mehrertheils durch ihre Abwesenheit glänzen.

Jede Entscheidung liegt demnach in den Händen jener neunzig, der sogenannten „kleinen Herren“, die in der Lage sind, ohne Diäten einige Monate des Jahres in Berlin zuzubringen. Um hierin eine Aenderung zu erzielen, giebt es kein anderes Mittel, als das Zusammenwirken der Regierung mit den größeren Städten des Landes. Die volle Ausübung des königlichen Ernennungsrechts im Verein mit strenger Pfllichterfüllung auf der Seite der berechtigten Kommunen würde am ersten vermögen, dem Herrenhause eine andere Physiognomie zu geben. Warum thun die Städte nicht ihre Pflicht? Einige aus Dekonomie, andere, indem sie sagen, wozu soll unser Vertreter in einem Hause sitzen, aus dem doch nicht viel Gutes hervorgeht? Aber jene Dekonomie ist ebenso falsch, wie dieses Raisonnement. Wenn nur jene dreißig Städtevertreter, die wohl im Durchschnitt als Liberale betrachtet werden dürften, regelmäßig im Hause säßen, die Debatten und Abstimmungen würden fürwahr einen anderen Charakter aufweisen, als heute. An der Debatte und Abstimmung über die Wucher-

gefege nahm statt dreißig ein einziger Bürgermeister Theil, derselbe Hasselbach, der mit Geist und rühmlichem Ausdauer die liberale Partei im Hause vertritt.

Es fragt sich, ob nach dem Grundsatz, daß Reformen auf positiven Erfahrungen beruhen müssen, eine Reform des Herrenhauses schon jetzt an der Zeit wäre, ob nicht, wenn jeder Theil seine Schuldigkeit thäte, die gesetzgeberische Thätigkeit mit diesem Hause in einer den Anforderungen der Zeit entsprechenden Weise fortgesetzt werden könnte. Aber es fragt sich gar nicht, sondern ist positiv gewiß, daß wenn eine Reform desselben durchgeführt werden müßte, sie nicht gelingen könnte ohne die Vereinigung aller der Elemente, welche nach dem Gesetze das Haus zu bilden haben.

Die Regierung besitzt eine gewisse Handhabe zur Einwirkung auf den Charakter des Hauses im königlichen Ernennungsrechte. Aber der Gebrauch derselben würde nicht hinreichen, die Physiognomie des Hauses zu ändern, ohne die Mitwirkung der großen Kommunen, die das Vorrecht haben, einen Vertreter in das Haus zu senden. Diese trifft ein gerechter Vorwurf, daß sie dieses Vorrecht sich nicht bedienen.

Wir bedauern, daß wir diesen Vorwurf auch unserer Kommune nicht ersparen können, aber wir sprechen zugleich die Hoffnung aus, daß, wenn nach Lösung des Konflikts die gesetzgeberischen Arbeiten wieder in Fluß kommen werden, auch die Freude an denselben im Lande wieder wachsen und der Eifer der Kommunen, ihre Hand mit anzulegen, erwachen wird. Dann werden sie nicht säumen, ihn durch Beschickung des Herrenhauses, ohne Rücksicht auf die geringen pekuniären Opfer, welche sie mit sich bringt, zu betheiligen, und das Herrenhaus wird dann entweder fein, was es sein soll, ein würdiger Faktor der Gesetzgebung, oder wenigstens die Elemente in sich haben, mit deren Hilfe ein solcher Faktor ohne Rechtsbruch herzustellen ist.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 11. September. Die Ratifikation der Bündnisverträge, welche Preußen mit den Regierungen von Oldenburg, Weimar, Braunschweig, Anhalt, Altenburg, den beiden Schwarzburg, Waldeck, den beiden Lippe, Koburg, Reuß jüngerer Linie und den freien Hansestädten am 18. August d. J. abgeschlossen hat, ist am 8. d. Mts. hier erfolgt.

Die Ratifikationen derjenigen Verträge, mit welchen die Regierungen von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz diesem Bündnisse beigetreten sind, sind heute erfolgt.

Die zwischen Preußen und dem Königreich Sachsen schwebenden Verhandlungen haben sich noch nicht auf die zukünftige Stellung Sachsens im Norddeutschen Bunde bezogen. Preußen stellt als Vorbedingung für die Friedensverhandlungen die militärische Räumung der Festung Königstein. Diese Forderung dürfte sächsischer Seits demnächst zugestanden werden.

— Eine Rechtfertigung des Gerüchts in Betreff der Abdankung des Königs von Sachsen zu Gunsten seines Sohnes sieht die Wiener „Debatte“ in dem Umstande, daß für die sächsische Majestät die herrliche Besitzung Rodaun angekauft worden ist.

— Die „Opinion nationale“ sucht die Empfindlichkeit der Franzosen über die Rolle, welche Preußen ihrem alten Allirten, dem Könige von Sachsen, anfinne, zu beschwichtigen; sie findet die militärischen Anforderungen, welche Preußen an Sachsen stellt, vollkommen gerechtfertigt. Schon die Kriege des ersten Kaiserreichs hätten bewiesen, daß, wer Dresden und Leipzig besitzt, Herr von Berlin sei; Preußen könne also diese Städte nicht in den Händen einer Regierung lassen, die insgeheim eine Revanche Oesterreichs an Preußen begünstigt. Im Gegentheil, eine preussische Garnison in Dresden würde Norddeutschland decken, ohne Oesterreich und Süddeutschland zu bedrohen, welche ihrerseits durch das Erzgebirge und das Riesengebirge, deren Engpässe, wohl vertheidigt, beinahe unüberwindlich seien, gedeckt würden.

— Die Nachricht, der Herzog von Meiningen habe zu Gunsten seines Sohnes auf die Regierung verzichtet, hat sich allerdings thatsächlich noch nicht bestätigt. Da aber Preußen die Verhandlungen mit demselben abgebrochen hat, eine Besetzung des Landes von preussischen Truppen in Aussicht steht, wenn der Zustand der Ungewissheit sich noch verlängert, so wird der Thronwechsel wohl erfolgen müssen, zumal man preussischerseits erklärt hat, daß dann dem Lande keine besonderen Opfer auferlegt werden sollen.

— Verschiedene deutsche Zeitungen — so wird aus Haag geschrieben — glauben irrtümlich, daß zur Zeit Verhandlungen zwischen Berlin und Haag über den Eintritt Luxemburgs in den norddeutschen Bund gepflogen werden. Zwar finden solche Negotiationen seit einiger Zeit statt, doch dieselben gehören zu dem Wirkungskreis des großherzoglich luxemburgischen Ministeriums und sind daher dem diesseitigen Kabinett völlig fremd geblieben. Uebrigens scheint es richtig zu sein, daß die luxemburgische Regierung sich ebenso energisch dem Eintritt des Großherzogthums in den norddeutschen Bund widersetzt, als Herr v. Bismarck auf demselben besteht.

— Es wurde vermuthet, daß der Schluß des Landtags noch im Laufe dieser Woche erfolge; die „N. Fr. Z.“ hört indessen jetzt, daß der Landtag bis zum 20. d. noch beisammen bleiben wird.

— Bei dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck speisten am Sonnabend die sämtlichen Minister, mit Ausnahme des Kultusministers v. Mühler, die Präsidenten des Abgeordnetenhauses, die Abgeordneten v. Unruh, Wagener, Twesken, Michaelis u. a. Die Zahl der Gäste belief sich auf einige dreißig.

— Auf der niederschlesisch-märkischen Bahn sind heute 52 eroberte österreichische Geschütze, welche bisher in Glogau aufgestellt waren, hier eingetroffen. Dem Vernehmen nach werden die sämtlichen eroberten österreichischen Geschütze, etwa 200, von den resp. Festungen, wo dieselben sich jetzt befinden, hierher eingeliefert werden, und an den Einzugsstagen

an verschiedenen Orten längs des Einzugsweges unter den Linden aufgestellt werden.

— Der Berliner „Publicist“ berichtet: „Das Projekt, in Dresden unter dem Titel „Deutsche Volkszeitung“ ein neues Blatt erscheinen zu lassen, von dem bereits eine Probenummer ausgegeben wurde, ist zu Gunsten der dieselbe Richtung vertretenden „Konstitutionellen Zeitung“ aufgegeben worden. Dr. Eduard Böventhal, bekanntlich zum Redakteur der neuen Zeitung bestimmt, ist in die Redaktion der „Konstitutionellen Zeitung“ eingetreten.“

Breslau, 10. September. [Unglücksfall.] Nach Ankunft des am gestrigen Sonntag früh 3 Uhr auf dem obereschlesischen Bahnhofe hier eingetroffenen Militärtrains überschritt der Hauptmann Willroth, von der Ingenieur-Inspektion des 1. ostpreussischen Pionnier-Bataillons, das Schienengeleise, um sich nach dem Speisesaale des Restaurationsgebäudes zu begeben. Hierbei ereignete sich der höchst beklagenswerthe Unglücksfall, daß dieser Offizier unter dieselbe Lokomotive gerieth, welche eben den Zug überbracht hatte und die, um frisches Wasser einzunehmen, auf einem der Nebengeleise langsam abfuhr. Der Lokomotivführer konnte bei der herrschenden Dunkelheit Niemanden erblicken, und erst als er ein lautes Wimmern vernahm, hielt er sogleich die Maschine an. Hauptmann Willroth war von der Lokomotive erfaßt und auf das Schienengeleise geschleudert worden, wobei ihm der rechte Arm 2 Mal abgefahren wurde, der Unterarm mit der Hand lag abgetrennt zwischen den Schienen. Der Unglückliche wurde sogleich nach dem Kloster der barmherzigen Brüder getragen. Sein Zustand ist um so Beforgniß erregender, als er auch noch einige Kontusionen am Kopf und an der Brust erlitten hat. (Bresl. Z.)

Freiburg, 7. September. Gegen 9 Uhr hielt Se. Excellenz der kommandirende General v. Steinmetz heute mit seinem gesamten Generalstabe seinen Einzug in hiesige Stadt. Der kommandirende General wurde am Eingange der Stadt von den Spitzen der Behörden, der Geistlichkeit beider Konfessionen und der Bürgerschützenkompagnie empfangen und nach dem Schloß des Herrn E. v. Kramsta geleitet, woselbst derselbe ein Dejeuner einnahm. — Während des Vormittags passirten noch mehrere Bataillone, z. B. vom ersten niederschlesischen Infanterieregiment Nr. 46, so wie vom 6. Infanterieregiment, auch eine Schwadron Kürassiere den hiesigen Ort. — Leider haben wir einen Unglücksfall zu beklagen. Der Lieutenant Hoffmann vom 2. Landwehr-Husarenregiment, derzeit hier stationirt, wollte Sr. Excellenz dem kommandirenden General auch entgegengehen, sein Pferd glitt aber auf der Waldenburger Straße aus, stürzte und erlitt genannter Herr dadurch einen doppelten Beinbruch. Durch herbeigeeilte ärztliche Hülfe von Seiten der Herren Militär- und Civilärzte, so wie des Herrn Generalarztes vom 5. Armee-corps, der in demselben Augenblicke unsere Stadt passirte, wurde dem Verunglückten sofort Beistand geleistet. (Freib. Vote.)

Waldeburg, 7. September. Se. Excellenz General v. Steinmetz hat von Charlottenbrunn aus unsere Stadt nicht passirt, sondern ist direkt nach Altwasser gegangen. In letztgenannten Orte ist dem verdienstvollen Feldherrn ebenfalls die ihm gebührende Aufmerksamkeit geworden. Auch Honorationen hiesiger Stadt hatten sich dahin begeben und im Verein mit den hervorragenden Personen von Altwasser in Seifers (Winklers) Hotel ein Diner zu Ehren des verdienstvollen Kriegers arrangirt. (Bresl. Ztg.)

x Aus Franken, 6. September. [Zur Situation in Franken.] Es muß anerkannt werden, daß die Beamten und Einwohner des ostpreussischen Bezirks von Bayern bis zum Schluß der Okkupation eine willkürliche Haltung bewahrt und Alles gethan haben, um den an sie gestellten Anforderungen in jeder Beziehung zu entsprechen. Konflikte zwischen Truppen und Einwohnern haben in irgend erheblichem Umfange nirgends stattgefunden, und einzelne kleine Reibereien, die selbst unter den günstigsten Verhältnissen sich vermeiden lassen, sind eben nur Einzelfälle, welche das gute Einvernehmen im Allgemeinen durchaus nicht gestört haben.

Die Sehnsucht der Bevölkerung nach einer engeren Verbindung mit Preußen, sei es jetzt auch nur durch Anschluß an den norddeutschen Bund, wird hier kaum mehr erlöschen und immer lebhafter werden, wenn es gelingt, den neuen Bund unter Preußens Führung zu einer dauernden starken Schutzwehr für alle die geistigen und materiellen Interessen zu machen, welche das hiesige Land als den Hebel seines Aufschwungs betrachtet, bisher jedoch nicht in genügendem Maße gefördert sieht.

Auf dem religiösen Gebiete fehlt die Belebung des eigentlichen Kirchengemeindelebens, für Handel und Industrie die Sicherheit der freien Bewegung, welche durch die jetzt stipulirte halbjährliche Kündigung des Zollvereins wesentlich alterirt erscheint, für die Landwirtschaft die Förderung von Meliorationen und Kulturen, wie z. B. in Preußen durch die Bestrebungen der Regierung, der Landesökonomikolen und der Vereine so ungeheuren Aufschwung gewonnen haben.

Namentlich in Oberfranken, wo der Boden allerdings meistens dürrig ist, ließe sich durch Verbesserung der Wirtschaftsmethoden und durch Meliorationen sehr viel wirken.

Das Volk im Frankenlande ist überall autmüthig und freundlich und unterscheidet sich wesentlich von den Südbayern, wo das „Kaufen“ zu Hause ist und schwere Körperverletzungen u. d. Staatsanwälte die reichhaltigste Beschäftigung geben. Religion und Gerechtigkeit sind die schwebenden Kriterien. — Eine aufrichtige Zuneigung der südbayrischen Bevölkerung zu dem norddeutschen Bunde läßt sich daher noch lange nicht erwarten und das ganze Franken nach diesem Anschlusse von Süden her basirt mehr auf dem Wunsche von den deutschen Gesamteinrichtungen, sei es in politischer und nationaler Richtung, sei es in materieller Beziehung, nicht ausgeschlossen zu sein.

Dennoch muß auch von diesem Theile Bayerns angenommen werden, daß er vorzugsweise deutsch sein will und bei etwaigen Bedrohungen Deutschlands von Außen her entschieden für Deutschland Partei nehmen wird. Und diese Stimmung der Bevölkerung würde die bayrische Regierung, selbst wenn sie einmal andere Intentionen haben sollte, niemals verlegen dürfen.

Hannover, 8. September. Sämtliche augenblicklich in Hannover stehende preussische Besatzungen werden das Land verlassen und durch Truppen der 14. Division (westfälische Regimenter) ersetzt werden. Die ganze Besatzung Hannovers wird aus 15 Bataillonen bestehen. Duderstadt, Göttingen und Minden erhalten je ein Bataillon des 7. westfälischen Regiments Nr. 56, Hildesheim und Hameln des 8. Regiments Nr. 57, Nienburg und Verden das 5. Regiment Nr. 17. In der Hauptstadt werden die 27. und 28. Infanteriebrigade, sowie das 3. Garde-Regiment zu Fuß Garnison nehmen. Ueber die Kavallerie und

Artillerie, welche die 10 Schwadronen und 5 Batterien der jetzigen Besatzung ersetzen wird, ist noch nichts Näheres bestimmt. (W. Z.)

Sachsen. Leipzig, 8. Sept. „Die Albertinische Dynastie und Norddeutschland. Ein deutsches Wort zu den Parlamentswahlen Sachsens von Ferdinand Fischer“ (Berlin, Georg Reimer), so heißt eine Flugschrift, welche, nach einem strengen kritischen Rückblick auf die ja leider mehr Schatten- als lichtreiche Geschichte des Albertinischen Sachsens, zu dem Schluß kommt, daß für Sachsen selbst wie für Norddeutschland und Preußen der engste Anschluß des ersten an das letztere, wo nicht in der Form der Annexion, doch mindestens durch eine feste Bundesverfassung und durch das Parlament, eine dringende Nothwendigkeit sei.

Eine andere, jedoch vom Dr. Löwenthal in Dresden unter dem Titel „Deutschlands neuestes Schmerzenskind“ ausgegebene Flugschrift enthält unter anderem Folgendes:

Wenn es die sächsische Regierung wirklich gut mit ihrem Volke meint, so kann sie dessen Schicksal nicht länger in dem preussischen Slavenstaate zurücklassen, so kann sie es nicht dahin kommen lassen, daß Sachsen noch auf unbestimmte Zeit, während überall sonst Friedenszustände zurückkehren, die Lasten des Krieges (Requisitionen, Einquartierungen etc.) zu tragen hat, daß ihm der Zollverein gekündigt und damit seine ganze Industrie brach gelegt, — seine Fabriken mit Tausenden von Arbeitern infolge erhöhter Zollabgaben arbeitslos, — seine gesamten Handelsverbindungen mit dem Auslande so gut wie abgeschnitten und seine Verkehrsstraßen vereinstamt werden. ... Kein Land wäre durch Ausschluß vom Zollverein so sehr dem völligen Ruin ausgesetzt als gerade das Königreich Sachsen. Sowohl der Bezug der Rohstoffe vom Auslande (zu Lande und zur See) wie die Ausfuhr seiner Produkte und eo ipso die Konkurrenz mit den Zollvereinsländern würde infolge der Erhöhung der Zollabgaben ganz unmöglich werden. Allgemeine Verarmung des Landes wäre die unausbleibliche Folge. ... Es liegt danach ganz in den Händen Preußens, durch solchen Ausschluß Sachsens vom Zollverein sich dieses Land binnen einem Jahre vollständig anzueignen, und zwar ohne Schwertstreich.

Anhalt. * Dessau, 9. September. Am Mittwoch rückte das Regiment Anhalt wieder ein. Die Truppen wurden vorläufig hier einquartiert und hatten Donnerstag vor dem Herzog Parade, worauf uns die in Bernburg und Zerbst garnisonirenden Bataillone wieder verließen. Vom Großherzog von Mecklenburg ist unser Regiment wegen seiner Haltung sehr belobt worden.

Vom Main. 4. Septbr., wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Während in Nassau mit Ausnahme einiger kleinen Bezirke, der Hauptstädte des Ultramontanismus, die größte Befriedigung über das Aufgehen in Preußen herrscht, können die ehemals freien Reichsstädte in Frankfurt sich noch immer nicht recht in ihr Schicksal finden. Vergebens sucht man nach stichhaltigen materiellen Gründen für diese Unzufriedenheit, und wenn Frankfurt wirklich keine materiellen Verluste durch das Aufgehen seiner Souveränität erleidet, sollte man denn glauben, die Frankfurter hätten so vielen idealen Sinn, daß ihnen ein idealer Verlust so vielen Kummer machen könnte? Wir sind nicht dieser Ansicht und glauben vielmehr, daß die augenblickliche Mißstimmung der Frankfurter auf persönlicher Gereiztheit und auf falscher Befürchtung vor materiellen Verlusten beruht. Erstere wird sich bald legen und letztere Besorgnisse werden sich bald als falsch erweisen. Auch wenn keine fremden Gesandten mehr in Frankfurt residiren, wird die Stadt doch stets von Fremden besucht werden, das sichert ihr ihre Lage und die einmal gebauten Eisenbahnen; auch als Börsenplatz dürfte Frankfurt nicht viel einbüßen, mit dem Vergehen der großen Banquiers hat es seine guten Wege: die Frankfurter Börse hat jetzt einmal in der Geschäftswelt, besonders der Pariser, einen so guten Ruf, daß Frankfurter Wechsel etc. so gern genommen werden, als daß es einem Banquier so leicht werden würde, auf diese Vortheile zu verzichten und sein Geschäft anderswo zu etablieren, besonders da nicht der kleinste Grund vorliegt, warum er in der preussischen Stadt Frankfurt schlechtere Geschäfte machen sollte, als in der freien Reichsstadt Frankfurt. Die Fabrik-Industrie, die bis jetzt wenig entwickelt war, wird sich dagegen unter preussischer Herrschaft günstiger entwickeln und für etwaige Verluste in anderen Branchen genügenden Ersatz gewähren. Als wirklich materielle Schädigungen bleiben somit nur etwas erhöhte Steuern und die Einführung der preussischen Militärverhältnisse bestehen. Was die Steuern anbetrifft, so werden sie allerdings wohl etwas höher werden, jedoch von den Einzelnen wird dies nicht so gefühlt werden, wenn man die jetzt steuerfreien Bewohner Frankfurts (mehr als die Hälfte, die nur als „Fremde“ dort wohnen und nicht Bürger sind) ebenfalls zu den Staats- und Kommune-Lasten mit heranzieht und wenn die Verwaltung, wie dies jedenfalls geschehen wird, einfacher und billiger eingerichtet wird. Viel hängt in dieser Beziehung freilich noch ab von der schwierigen Auseinandersetzung des Staats- und Kommunal-Vermögens, welche in dem Staate Frankfurt bisher nur für einzelne Landgemeinden und nicht für die Stadt selbst erfolgt ist. Je nachdem die Entscheidung hierin ausfällt, kann Frankfurt eine arme oder reiche Stadt werden, wonach natürlich die Höhe der Kommunalsteuern sich wesentlich bemessen wird. An der Nothwendigkeit, Soldat zu werden, wird freilich den Frankfurtern Keiner vorbeihelfen, mit der Ueberrahme dieser neuen Last tragen sie aber nur eine alte Schuld an das gemeinsame Vaterland ab. Ein großer Fortschritt für alle beteiligten Länder liegt in der nun wohl bald bevorstehenden Aufhebung des Thurn und Taxis'schen Postregals. Der vernunftwidrige Grundlag, aus der Post eine Einnahmequelle zu machen, kann nur dann gründlich fallen gelassen werden, wenn der Staat selbst die Sache in die Hand nimmt, und um so eher kann das geschehen, je ausgedehnter das betreffende Staatsgebiet ist. Es kommt noch hinzu, daß die preussische Postverwaltung sich eines wohlverdienten Rufes erfreut und jetzt gewiß mit den nöthigen Verbesserungen um so energischer vorgehen wird, als sie von vielen lästigen Fesseln und Rücksichten befreit ist. So hat es sich auch jetzt schon gezeigt, daß Angelegenheiten, worüber unter der Thurn und Taxis'schen Verwaltung ganze Aktenstöße geschrieben waren, ohne daß die Hauptverwaltung in Regensburg zu irgend einer Entscheidung sich entschließen konnte, von der interministeriellen preussischen Verwaltung rasch und zufriedenstellend erledigt wurden. Auch das Beamtenpersonal der Thurn und Taxis'schen Verwaltung sieht die Veränderung nicht ungern, da in den Gehaltsverhältnissen zum wenigsten keine Verschlechterung eintritt und sich zumal den höheren Beamten viel bessere Aussichten auf eine rasche Karriere eröffnen. Wenn, wie früher schon vielfach verlangt wurde, auch in Preußen eine Gehaltserhöhung, besonders für die Subalternpostbeamten, eintritt, dann ist auch der letzte Grund beseitigt, warum über die Vereinigung der ganzen Post in einer Hand irgendwelche Unzufriedenheit herrschen sollte.

Aus Mecklenburg-Schwerin. 8. September. Mit lebhaftester Befriedigung ist hier die in preussischen Blättern enthaltene Nachricht aufgenommen, daß Preußen der schwerin'schen und der strelitz'schen Regierung in eindringlichster Weise erklärt habe, daß der Eintritt der beiden Mecklenburg in den Zollverein eine politische Nothwendigkeit sei, und deshalb sofort bei der gegenwärtigen Neubildung Deutschlands

stattfinden müsse, und daß ein von Schwerin aus nachgesuchter Aufschub um einige Jahre verweigert sei. — Die strelitz'sche Landtagsproposition unterscheidet sich dadurch von der schwerin'schen, daß erstere den Schlußpaffus dahin formuliert hat: Verathung über das Wahlgesetz „für das nach dem mit Preußen abgeschlossenen Bündnißvertrage zu berufende Parlament“, während in letzterer die Schlusssätze lauten: „für das unter Führung Sr. Maj. des Königs von Preußen zu berufende deutsche Parlament.“ — Heute halten die vom Felde zurückgekehrten Truppen unter Führung des Großherzogs ihren feierlichen Einzug in Schwerin. Volksz.

Nassau. Wiesbaden, 9. September Abends. In einer heute stattgefundenen Versammlung liberaler Mitglieder des vormalig nassauischen Landtages ist einstimmig beschlossen worden, eine Adresse an den König von Preußen und an den Grafen Bismarck zu richten. Die Adresse soll die Anerkennung der Annexion Seitens der liberalen Landtagsmitglieder aussprechen und wegen einer dem Landesinteresse entsprechenden Verfügung über die Domänen Vorstellung machen. Eine aus sieben Mitgliedern bestehende Deputation wird die Adresse überreichen.

Großbritannien und Irland.

London, 8. Septbr. Die Betrachtungen der englischen Presse über das Schicksal Hannovers sind noch lange nicht zu Ende; und wenn auch einige Organe, wie „Globe“ und „Star“, die Annexion unbedingte gutheißen, so geht durch den Chor der andern ein Unterstrom sehr gemischter Empfindungen, der keinen Zweifel daran läßt, daß das Ereigniß einen starken und tiefen, nicht bald zu verlöschenden Eindruck gemacht hat. Selbst das leitende Blatt, welches seit zwei, drei Monaten der Einheit Deutschlands unter preussischer Herrschaft so eifrig das Wort redet, daß es die vollständige Annexion auch Sachsens mit Ungeduld verlangt, kann doch hier und da, wenn es von Hannover spricht, eine leise Gemüthsbewegung nicht unterdrücken. Indessen geben „Times“ und andere Blätter ihrem Schmerze doch nur mäßigen Ausdruck, während „Sun“ und „Advertiser“ ihre im tiefsten Innern sprudelnde Empörung unverhüllt darlegen.

Frankreich.

Paris, 8. September. Der „Moniteur“ meldet: „Durch diplomatische Konvention ist zwischen Frankreich, Italien, Schweiz und Belgien eine vollständige Münzeinheit hergestellt. Die vier Staaten haben danach ihre Gold- und Silbermünzen in denselben Gehalt und mit denselben Gepräge anzufertigen und ohne Unterschied in ihren öffentlichen Kassen anzunehmen. An alle vom Finanzminister ressortirenden Zahlstellen sind daher Instruktionen ergangen, daß künftig schweizerische, italienische und belgische Gold- und Silberstücke zu demselben Werth und Gehalt in Zahlung genommen werden, wie die französischen.“

Der geheime Rath des Kaisers (eingesetzt durch Dekret vom 1. Februar 1858) besteht zur Zeit aus folgenden Personen: Foubt, Troplong, Baroche, Bailliant, Walewski, Wagne, Persigny und Drouyn de Lhuys.

Der „Etandard“ von heute Abend bestätigt in folgenden Worten die schon gebrachte Mittheilung bezüglich des von Herrn v. Kavalette zu erwartenden Rundschreibens: „Man spricht heute von einem Rundschreiben, das demnächst an die Frankreich vertretenden diplomatischen Agenten im Auslande versandt werden soll. Die Veränderungen, welche seit zwei Monaten in Europa vor sich gegangen sind, haben durch ihre verschiedene Auslegung die Geister irre gemacht. Die Ungewißheit der Meinung in Frankreich kann ohne Nachtheil nicht fortauern. Das betreffende Rundschreiben wird die Aufgabe haben, diese Ungewißheit zu zerstreuen, und mit jener Klarheit des Geistes, welche ihn auszeichnet, wird er die Stellung darthun, welche die französische Politik in der gegenwärtigen Phase einnimmt.“ Dieses Rundschreiben ist als das eigenste Werk des Kaisers zu betrachten, und zwar als ein Werk, auf das er kein geringes Gewicht legt. Wenn das, was hier erzählt wird, genau ist, sucht dieses Rundschreiben einerseits die chauvinistischen Gemüther in Frankreich zu beruhigen und andererseits die in Europa und insbesondere in Deutschland laut gewordenen Besorgnisse zu beseitigen. Herr v. d. Goltz, der morgen wieder hier eintrifft, soll, wie ein Telegramm aus Berlin meldet, mit dem Ergebnisse seiner Reise wohl zufrieden sein. Man will wissen, das erwähnte diplomatische Aktenstück werde schon in den nächsten Tagen im „Moniteur“ erscheinen. Man hat, um es zu veröffentlichen, auf die Rückkehr des Grafen v. d. Goltz gewartet. Der Kaiser seinerseits hat seine Reise nach Biarritz auf Mittwoch verschoben, weil er nicht eher fort will, bis die Randmachung dieses Aktenstückes geschehen. Auch heißt es, er hoffe, bis dahin würden Italien und Oesterreich mit einander ins Klare gekommen sein. Der Widerstand, den einige Organe der italienischen Presse und insbesondere die unter Ricasoli's Eingebung stehende „Nazione“ gegen die Uebergabe Venetiens an Frankreich in so später Stunde erheben, macht hier einen üblen Eindruck. Mit Oesterreich ist man auf gutem Fuße und sieht es gern, daß die Wiener Regierung der italienischen mit Aufmerksamkeit entgegenkommt. Graf Mensdorff hat sogar die Abtretung Venetiens an Frankreich zu entschuldigen gesucht. Oesterreich habe keine Beleidigung Italiens dabei im Sinne gehabt und nur so gehandelt, weil es durch frühere Verheißungen an Frankreich sich gebunden fühlte. So erzählt das „Memorial Dipl.“, und die höfliche Absicht Oesterreichs, dem Feinde von gestern angenehm zu sein, will ich nicht herabsetzen, aber so ganz richtig ist die Behauptung nicht. Fürst Metternich wird sich nach dem Oberheine begeben und von dort seine Schritte nach Biarritz wenden. Das Gerücht von Benedetti's Ernennung zum Gesandten in Konstantinopel erhält sich. (Köln. Z.)

Vom Kaiser Maximilian ist eine Denkschrift abgefaßt worden, welche hier bereits überreicht worden ist, und worin die Gefahren, denen die französische Bevölkerung nach seiner Abdankung preisgegeben sein würde, in den lebhaftesten Farben geschildert werden. Nichts kann aber, wie aus guter Quelle versichert wird, eine Abänderung in den hier gefaßten Entschlüssen herbeiführen. Der neu ernannte mexikanische Finanzminister, Herr Friant soll hierher berichtet haben, daß er im mexikanischen Staatschatz nur die Summe von 2000 Piastrern vorgefunden habe; eine Katastrophe ist daher näher bevorstehend, wie man allgemein glaubt. — In Spanien haben sich die Finanzverlegenheiten der Regierung in letzter Zeit wo möglich noch gesteigert, die Bemühungen der spanischen Regierung hier in Paris Vorstöße zu erlangen sind aber durchwegs gescheitert. — Der Industriepalast ist für die Zeit der großen Ausstellung von dem Kapellmeister Strauß für eine Million und 500,000 Franks gepachtet worden. Es sollen in diesen Räumlichkeiten Konfessionskonzerte veranstaltet werden, und die Leitung derselben Verloos, Gounod und Pasdeloup übertragen werden. Rossini, dem für die Ueberlassung seiner neu komponierten Messe zu diesem Zweck ein außerordentlich hohes Honorar angeboten wurde, schlug rundweg jede Unterhandlung ab, da er den Raum nicht geeignet und die mitwirkenden Kräfte zu gigantisch fand.

— Es ist alles Ernstes die Rede davon, in Frankreich eine Art

preussischen Landwehrsystems einzuführen. Louis Napoleon empfahl dieselben bereits in seinen Schriften, und die „Patrie“ bringt heute die Stelle, wo davon die Rede ist. Daß ein solches System in Frankreich Erfolge liefern wird, ist kaum anzunehmen. — Nach der „Patrie“ hat die türkische Regierung den Bewohnern der Insel Chio und Eghern, wo sich ebenfalls Unruhen vorbereiten, die gewünschten Koncessionen gemacht. — Der „Temps“ lenkt heute die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Gefahr hin, die Europa von Rußland und Nordamerika drohe. Letztere Macht scheint sich übrigens im Mittelmeer festsetzen zu wollen, und hat die Pforte angegangen, ihr eine Insel abzutreten, um dort eine Seestation zu errichten. Bis jetzt macht die Pforte Schwierigkeit. Rußland begünstigt dagegen die nordamerikanische Forderung.

Marseille, 9. September. Aus Athen wird gemeldet: Der Pascha von Epirus wollte die Christen seines Bezirkes zwingen, ein Treugelöbniß an den Sultan zu unterzeichnen. In Folge dessen sind die Dorfschaften von ihren Einwohnern verlassen worden. Die Flüchtlinge zogen sich in die Berge zurück und proklamirten ihre Unabhängigkeit.

Schweiz.

Bern, 6. Sept. Unter den fremden Offizieren, welche den schweizerischen Ver suchen mit den verschiedenen Hinterladungsgewehren in Arau beiwohnen, befindet sich auch der württembergische Oberst v. Hügel als Erfinder eines ebenfalls vorliegenden Gewehrs (es ist derselbe Oberst v. Hügel, welcher den jüngsten Kämpfen am Main beiwohnte). So viel man bis jetzt aus Arau vernimmt, gefallen das Peabody, das Remington- und Howard-Gewehr, welches erst vorgestern eingefandt worden ist, am besten für die Feuerführung, für die Umänderung dagegen das Milbank-Gewehr. Jedenfalls sollen die amerikanischen Erfindungen weit über den englischen stehen. — Am 3. d. M. ist in Genf der „Internationale Arbeiterkongreß“ zusammengetreten. Abgeordnete aus Frankreich, England und Deutschland sollen sich ziemlich zahlreich eingefunden haben, die meisten Theilnehmer sind jedoch aus Genf selbst und aus anderen Städten der Schweiz. Zum Präsidenten des Kongresses ward der Präsident der Londoner Section, Namens Young, gewählt.

Italien.

Florenz, 9. September. Die „Nazione“ veröffentlicht einen Brief des Präsidenten des Instituts der Wissenschaften zu Venedig an den General Menabrea, worin ersterer die Rückstellung der nach Wien geschafften Dokumente verlangt.

Florenz, 9. September, Abends. In Folge einer Einladung Seitens der österreichischen Regierung werden sich morgen zwei italienische Bevollmächtigte nach Udine begeben, um an einer für Post- und Telegraphenangelegenheiten zusammentretenden Konferenz Theil zu nehmen. — Die „Italia militare“ meldet, daß laut k. k. Dekrets 58,000 Mann aus den Altersklassen 1842 und 1843 entlassen worden sind; ebenso ist allen während des Krieges in die reguläre Armee eingereichten Freiwilligen der Abschied bewilligt.

— Aus Venedig und den venetianischen Festungen werden eine Menge von Einzelheiten berichtet, welche auf die baldige Räumung derselben schließen lassen. In Venedig, Verona und Mantua werden viel Kriegsmaterial und sonstige Geräthschaften um einen Spottpreis verkauft. Es heißt, daß sich eine Gesellschaft von Spekulanten gebildet habe, welche diese Gegenstände an sich kauft mit der Aussicht, dieselben zu weit höheren Preisen bei der italienischen Regierung zu verwerthen. Auf Befehl aus Wien werden jedoch diese Verkäufe eingestellt, wie es scheint, auf eine Vorstellung Menabrea's, der bemerkt haben dürfte, daß es für beide Theile vortheilhafter sei, sich direkt über die Abtretung und Verwerthung jener Gegenstände zu verständigen.

Rußland und Polen.

!! Aus Petersburg, 5. Sept. Aus Finnland ist die telegraphische Anzeige hier eingetroffen, daß am Tage der Eröffnung der diesjährigen Landtagsession das Denkmal enthüllt werden wird, welches die Finnländer ihrem Großfürsten zum Andenken an die ihnen gewährte Verfassung errichtet haben. Daß der Kaiser diesem Akt persönlich beiwohnen wird, ist wohl nicht anzunehmen, da die Angelegenheiten im Orient gegenwärtig die Regierung zu sehr beschäftigen. — Wie man mit Bestimmtheit hört, ist eine Kommission mit Prüfung der Vorlagen in Betreff eines Handelsvertrages mit Preußen beauftragt. Dieselbe wird ihre Thätigkeit schon zum 13. (1.) Oktober beginnen.

Amerika.

Newyork, 30. August. Präsident Johnson ist gestern in Begleitung von Mr. Seward, General Grant und Admiral Farragut in Newyork angekommen und enthusiastisch empfangen worden. Die Stadtbehörden überreichten ihm eine Zustimmungs-Adresse, und vom Senate des Staates Newyork wurde ihm eine Begrüßung votirt, jedoch nicht ohne heftigen Widerspruch von Seiten mehrerer Senatoren, die ihn der Sanctionirung der Mordthaten von New Orleans anklagten und überhaupt seine Politik bitter angriffen, die zu einem neuen Bürgerkrieg führen würde. Hervorragende Bürger veranstalteten dem Präsidenten zu Ehren ein Banket. Der Präsident hielt eine Rede, worin er seinen festen Entschluß ausdrückte, seine Politik durchzuführen und die Union wieder herzustellen. Auch Mr. Seward sprach über die auswärtige Politik. Die Presse, bemerkte er, verlange Krieg mit Mexiko, mit Spanien, mit England. Er seinerseits sei für alle Kriege, welche die Nation wünsche, nur möchte er nicht — mit einer Anspielung auf den Ausschluß der Südstaaten aus dem Kongreß — bloß mit einem Fuße ins Feld rücken und sei überhaupt etwas ungeduldig, den lahmen Fuß wiederhergestellt zu sehen.

Ueber die mexikanische Angelegenheit wird der „Times“ von ihrem amerikanischen Korrespondenten aus Philadelphia vom 24. geschrieben: Mit wachsender Spannung sieht man dem Momente entgegen, wo Napoleons eigentliche Absichten mit Maximilian sich enthüllen müssen. Man weiß, daß wenn die französischen Truppen zurückgezogen werden, für Maximilian nicht länger des Bleibens im Lande ist und kann kaum glauben, daß Napoleon, der dies eben so gut weiß, bei den großen Auslagen, die er auf den mexikanischen Handel verwandt, das Kaiserreich freiwillig aufgeben werde. Die Zeit, wo die erste Abtheilung französischer Truppen Mexiko verlassen soll (Oktober) rückt näher und in der Art, wie der Rückzug stattfinden wird, denkt man, muß sich des Kaisers wahre Absicht offenbaren. Seit der Proklamation Johnsons gegen Maximilians Blokade befinden sich die Vereinigten Staaten dem mexikanischen Kaiserthum gegenüber feindlicher als je: da aber jede gegen Maximilian ergriffene Maßregel bei der Presse und dem Volke einmüthige Zustimmung findet und dem Präsidenten gerade jetzt alles daran liegt, politischen Anhang zu gewinnen, so würde man sich nicht wundern dürfen, wenn er eines schönen Tages, allen Schein der Neutralität in der mexikanischen Frage von sich abwerfend, eine Armee absenden sollte, um dem Kaiser

thum ein Ende zu machen. Kann er seine Stellung im Innern dadurch befestigen, so wird er seinen Augenblick ansetzen, den Schritt zu thun, und die Gelegenheit zur Einmischung würde der erste beste Versuch zur Durchführung der kaiserlichen Blokade liefern. (Köln. Z.)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

(9. Sitzung vom 10. September.)

Eröffnung 12 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Die Tribünen sind mäßig besetzt, die Abgeordnetenloge ist von Mitgliedern des Hauses der Abgeordneten gefüllt.

Am Ministertisch: Graf Ikenburg, Graf zur Lippe, v. Selchow, später Graf Bismarck.

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Berningerode eröffnet die Sitzung mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen.

Er macht sodann dem Hause bekannt, daß in die Reichswahlgesetz-Kommission an Stelle des verstorbenen Herrn Dr. v. Beumann der Freiherr v. Malsbahn gewählt worden, so wie daß Herr v. Slast in das Haus eingetreten ist.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten: Bericht der zehnten Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme der Regierung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M.

Die Kommission, deren Berichterstatter Herr Dr. v. Daniels ist, hatte den Gesetzentwurf beraten, bevor der Beschluß des Abgeordnetenhauses in dieser Sache gefaßt war, und beschloß, dem Hause die unveränderte Annahme des von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurfs anzuerkennen. — Da jedoch das Abgeordnetenhaus in Uebereinstimmung mit der Staatsregierung das Gesetz in der allgemein bekannten Weise amendirt hat, ist von den Herren R. v. Malsbahn und v. Blos ein von 29 Mitgliedern von allen Seiten des Hauses unterstützter Verbesserungsantrag gestellt worden, der dahin geht, das betreffende Gesetz in der vom Abgeordnetenhaus amendierten Form anzunehmen.

Vor dem Eintritt in die Generaldiskussion erhält das Wort Hr. Frhr. v. dem Busche-Strathorst: Meine Herren! Ich kann das Eroberungsrecht, wonach ein deutscher Fürst die anderen von Land und Leuten vertreiben darf, nicht anerkennen, kann auch dem Landtage und namentlich diesem hohen Hause nicht das Recht zuerkennen, über diese Länder zu beschließen. Ich bin kraft meines Grundbesitzes gleichmäßig Preuße und Hannoveraner und habe den Herrschern beider Länder den Huldigungseid geleistet. Vor Gott und diesem hohen Hause protestire ich deshalb gegen das jetzt eingeschlagene Verfahren. Wenn auch jetzt Hannover der Gewalt weichen muß, so wird es doch nie aufhören, seinem angestammten Fürstenhaufe treu zu bleiben und auf Gottes Hilfe zu bauen in der Hoffnung auf andere Zeiten.

Darauf wird die Generaldiskussion eröffnet. Es erhält das Wort der Berichterstatter

Dr. v. Daniels. Die Allerhöchste Botschaft spricht den Willen Sr. Majestät des Königs aus, die Länder Hannover u. s. w. für immer mit Preußen zu vereinigen. Die Kommission hat Ihnen die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage empfohlen. Unterdeß hat aber das Abgeordnetenhaus unter Zustimmung der Regierung einige Aenderungen an der Vorlage getroffen, welche jedoch nur die formelle Rechtsfrage betreffen. Ueber den äußern Vortheil der Vereinigung jener Länder mit Preußen zu sprechen ist überflüssig; sie sind hier klar in der Provinzialkorrespondenz vom 29. August d. J. dargelegt. Wird aber dieser Gewinn Preußens und Deutschlands nicht auch für Preußen und Hannover noch lange beneidet und angefochten werden. Aber das Recht des Königs, welches dem Könige zusteht, enthält in sich die Berechtigung, das Ererbene zu behalten. Trotzdem wurde die Kommission Bedenken tragen, Ihnen etwas zur Annahme zu empfehlen, wenn es gegen die Moral verstieße. Wir haben aber die Versicherung des Königs gehört, wie schwer es ihm geworden ist, Fürsten zu vertreiben, die Versicherung, das nicht das Streben nach Ländererwerb ihn dazu getrieben. Dagegen spricht ja auch schon die ganze historische Entwicklung Preußens während eines ganzen Jahrhunderts. Aber selbst jetzt würde nicht von dem Recht des Königs Gebrauch gemacht werden, wenn anders der Pflicht der Selbsthaltung und der Erfüllung des historischen Berufes genügt werden könnte; diese Rücksicht aber mußte das Uebergewicht erhalten über das Mitgefühl für die Fürsten. Außerdem aber müssen wir, wenn wir den Satz vom Eroberungsrecht nicht auf Treu und Glauben annehmen wollen, uns in der Vergangenheit nach Analogien dafür umsehen. (Nedner führt die Entwicklungsgeschichte des deutschen Reiches sehr detaillirt vor und erweist die geschichtliche Existenz des Eroberungsrechtes.) Stets sind die Souveränitätsentsetzungen in Folge des Krieges anerkannt worden und es wäre auch ganz unzulässig, einen geschichtlich unaltbaren Zustand nach dem Kriege wieder herzustellen. Der Einwurf, Preußen hätte seinen bisherigen Besitzungen nach Bundesreform treu bleiben sollen, erledigt sich dadurch, daß unter den jetzigen Verhältnissen dadurch an der unzulässigen Abhängigkeit seiner Länder nichts geändert worden wäre. Einzelne Theile fremder Länder konnte es aber zur Herstellung der Einheit der Monarchie nicht erwerben wegen des Widerspruchs der Fürsten, welche das einer Veräuflichung gleich erachteten und sich bis zum letzten Augenblick dagegen sträubten. Und allerdings wären jene Länder durch solche Veräußerung unfähig geworden, zu existiren; es hätte das nur einen Grund zu beständigen Kriegen gelegt. Was ferner ebenfalls in der Kommission eingeworfen wurde, besteht sich auf den Eid der Beamten jener Länder. Da, meine Herren, dürfen wir der Einsicht unserer Regierung zuversichtlich vertrauen, daß sie alle Vorsichtsmaßregeln zu vermeiden wissen wird.

Herr v. Brünne-Jacobson. Ich würde dem Verbesserungsantrage meine Zustimmung nicht geben können, wenn nicht der zweite Satz des §. 2 alle Bedenken mir nehmen würde, die der erste Satz desselben Paragrafen in mir erregt. Einerseits nämlich würde mir die Einführung der preussischen Verfassung in den neu erworbenen Landestheilen sehr bedenklich und der 1. Oktober 1867 als ein sehr früher Termin dazu erscheinen, ich glaube aber, die Ueberwindung dieser Schwierigkeiten muß das mit vollem Vertrauen der königlichen Regierung überlassen, zumal einer Regierung gegenüber, die auf ganz demselben Gebiete stets eine so eminente Befähigung, eine durch das Bewußtsein ihrer hohen Ziele bis zur höchsten Spannkraft gesteigerten Energie bewiesen und dadurch so besondere Erfolge davon getragen hat, einem Ministerium gegenüber, an dessen Spitze der kraftvollste, fähigste, echt preussische Staatsmann steht, auf den man jetzt mit vollem Rechte Goethe's Worte über Schiller anwenden kann:

„Und manche Geister, die mit ihm gerungen,
Sein groß Verdienst unwillig anerkannt,
Sie fühlten sich von seiner Kraft bezwungen
An seine Kreise willig festgebannt.“

Und wer sollte es am Ende besser wissen, daß es seine großen Erfolge nicht irgend welchen politischen Theorien verdankt, nicht jenem Geiste, der sich in den so schmächtigen Friedensabreden dokumentirt hat, sondern, daß es seine Erfolge allein seinen gerechten Zielpunkten verdankt, dem Hebelgeiste der preussischen Fürsten, dem monarchischen Patriotismus dieses Volkes, der überall da zu Tage tritt, wo der Kopf desselben nicht durch politische Künste verwirrt wird. Nun, meine Herren, somit verlange ich von dem vorliegenden Gesetzentwurf weiter nichts, als daß unser königlicher Herr und seine Regierung durch denselben nicht behindert wird in Bezug auf die Aenderungs- und Zugabebestimmungen, die der König vor Einführung unserer Verfassung in den neuen Landestheilen als notwendig erachtet wird. Ich vermag daher keinen andern Sinn im §. 2 des Gesetzentwurfs mit besonderer Berücksichtigung des zweiten Satzes desselben zu sehen, als daß danach alle Gesetze und Aenderungsbestimmungen, welche vor der Einführung unserer Verfassung notwendig sind, auch vor der Einführung derselben getroffen werden müssen, und hiernach halte ich mich zu der Schlussfolgerung berechtigt, daß, wenn dies bis zum 1. Oktober sich nicht als möglich erweisen sollte, dieser Termin noch gegeben werden dürfte, bis die erwähnten Aenderungen getroffen sind. Ich gebe von der Voraussetzung aus, daß auch die königliche Staatsregierung jenen Paragrafen in diesem Sinne aufsaßt, und in diesem Sinne, aber auch nur in diesem Sinne stimme ich für den Verbesserungsantrag.

Herr v. Mitsow hält den Gesetzentwurf, wie er aus dem anderen Hause ergangen, für eine durchaus geeignete Form der Fixirung unserer politischen Grundgesetze, und spricht sich in demselben Sinne wie der Vorredner aus, indem er hofft, daß durch Annahme dieses Gesetzentwurfes eine Stärkung des konstitutionellen Elementes in Preußen geschaffen werde.

Es wird nunmehr auf den Antrag mehrerer Mitglieder die Spezialdiskussion mit der Generaldiskussion verbunden.

Ref. Dr. v. Daniels: Die Kommission hat kein Bedenken getragen, dem Gesetzentwurf, wie er aus dem Abgeordnetenhaus herübergekommen ist,

nachträglich beizutreten, zumal der Herr Ministerpräsident ausdrücklich anerkannt hat, daß die bestehenden Einrichtungen jener Länder so viel wie möglich gesichert werden sollen. — Allerdings hat die Festsetzung des Termins für die Einführung der preussischen Verfassung anfangs in der Kommission einige Bedenken hervorgerufen; sie sind jedoch bei näherer Beleuchtung fallen gelassen worden, da ja kraft der Unzerstörlichkeit der beiden Alinea des §. 2 die Staatsregierung, wenn sie den Zeitpunkt des 1. Oktober 1867 noch nicht für geeignet hält zur Einführung der Verfassung, es in ihrer Hand hat, das Alinea 1 zu einem todtten Buchstaben zu machen.

Graf Kitzberg (für das Amendement): Preußen kann mit gutem Gewissen die Früchte aus den blutigen Säaten des glorreichen Krieges ernten, denn Preußen ging nicht aus Eroberungssucht in den Krieg, sondern lediglich von Nothwendigkeit gezwungen unternahm es einen Kampf um seine Existenz. Jetzt nun können doch unmöglich die alten Zustände wieder hergestellt werden; und wenn wir die Wahl haben zwischen den früheren Regenten jener Länder und unserem Könige, dann werden wir doch natürlich unseren König wählen. Meine Herren! Preußen hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, im Interesse des deutschen Vaterlandes jene Länder für sich zu behalten. Preußen ist immer für das Wohl Deutschlands eingetreten und hat im Jahre 1813 sein Alles für die Befreiung des Vaterlandes eingesetzt. Die übrigen deutschen Fürsten dagegen haben ihre Aufgabe nicht in dem Sinne aufgefaßt, wie es dem gemeinsamen Vaterlande heilsam gewesen wäre. Dr. S! Es ist nicht zu verkennen: seit einem halben Jahrhundert geht ein neuer Zug durch Deutschland; das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist allgemein rege geworden. Als im Jahre 1848 der Bruch von unten kam durch die Revolution und die Gesetze Deutschlands in die Hand des Parlaments gelegt wurden, vergab dieses die Sache, indem es mit der Veranlassung der Grundrechte die Zeit verlor und die Einigung bei Seite ließ. — Seit der Zeit ist Preußen, seiner Aufgabe sich bewußt, immer und überall bemüht gewesen, dem Triebe der Nation nach Einigung gerecht zu werden; es brachte auch dahin zielende Anträge bei dem Bunde ein; die übrigen deutschen Fürsten wiesen diese aber zurück. (Nedner geht darauf näher auf die Entscheidung des Krieges ein und behauptet dabei, daß Hannover schon vor dem Kriege mit Preußen im Einverständniß gewesen.) Er schließt mit dem Wunsche, daß unsere neuen Landsleute sich bald in Preußen heimisch fühlen möchten.

Herr v. dem Busche (tatsächliche Bemerkung): Für die Behauptung des Herrn Vorredners, Hannover sei mit Preußen gegen Preußen engagirt gewesen, sind bis jetzt nirgends Beweise geliefert worden; ich weiß davon nichts, obgleich ich mit den Personen aus der Umgebung des Königs genau bekannt bin.

Graf Kitzberg (tatsächliche Bemerkung): Ich bin davon auch nicht authentisch unterrichtet, habe aber in allen Zeitungen davon gelesen; ich verweise ferner auf die Antwort des Königs an die Deputation, daß er als Kaiser, Christ und König seine Pflicht erfüllen werde.

Herr v. Saffelbach bemerkt gegen Herrn von dem Busche, daß der König von Hannover, falls ihm seine Intentionen gelingen wären, gegen Preußen sicher ebenso gehandelt haben würde. Die Herren müssen jetzt die Konsequenzen ihrer Handlungen selbst auf sich nehmen.

In der Kommission ging man zunächst von der Ansicht aus, daß ein Uebergangsstadium nöthig sei, die Aenderungen des Abgeordnetenhauses beziehen sich auf darauf; die Staatsregierung hat jetzt vielmehr die Pflicht, durch allerlei Verordnungen die Einführung unserer Verfassung vorzubereiten, andererseits aber können wir ihr vertrauen, daß sie Eigentümlichkeiten zu behandeln wird. Deswegen können wir die Fassung der Vorlage des andern Hauses ruhig annehmen, zumal wir ja schon im Bericht darauf hingewiesen haben, daß dauernde Vereinigung jener Länder mit Preußen das Wünschenswerthe ist.

Hr. Brühl erkennt die Verbesserung des §. 1 an, da man wirklich zweifeln könne, wie man eine Vereinigung auf Grund des Art. 55 der Verfassung beistimmen solle. §. 2 aber sei zwecklos, da man entweder keine Verpflichtungen geben solle, deren Erfüllung nicht abzusehen sei, oder auch ohne solche Alles zum Wohle jener Länder vorbereiten könne. Der Rechtspunkt macht ihm weniger Bedenken, da es sich nur um die Anerkennung eines fait accompli handle.

Graf Dührn. Es hat hier heute eine wunderbare Debatte stattgefunden. Ich habe noch Niemanden gehört, der sich unbedingt für den Kommissionsbericht ausgesprochen hätte, selbst nicht der Herr Berichterstatter. Jeder folgende Redner hat dann nun immer seinen Standpunkt hinsichtlich des Verbesserungsantrages dargelegt. Ich erlaube mir das jetzt mit dem meinigen und dem meiner Freunde. Wir haben uns wenigstens wegen der Unterstützung desselben nicht zu entschuldigen, denn wir haben niemals dem Bericht der Kommission zugestimmt. Dieser Kommissionsbericht ist mit sehr großer Schnelligkeit ins Haus gekommen; am 16. August erhielten wir die königl. Vorlage, die Wahl der Kommission, die Verhandlung über die Vorlage, die Beschlußfassung, die Annahme des Berichtes, alles war schon am 20. August fertig, in der That eine wunderbare Schnelligkeit. (Heiterkeit.) Nichts desto weniger war unter der Zeit die Sache auch von anderen Seiten in die Hand genommen, und das Resultat dessen war vorliegender Verbesserungsantrag. Wir, ich und meine Freunde, haben denselben mit Freuden unterzeichnet, seiner selbst wegen, wie auch darum, weil ich in diesem Antrage sich eine ebenso erfreuliche Einigung aller Parteien zeigt, wie im andern Hause. Denn hier (unter dem Verbesserungsantrage) lesen Sie Namen, die die vielleicht schwierigsten schon mit einander gestimmt haben. Ich hätte nichts weiter hinzuzufügen, wenn nicht mein Vorredner mir einige Blumen in den Weg geworfen, die ich aufheben möchte. Vor Allem aber muß ich demjenigen Mitgliede von meinem Standpunkte aus antworten, das hier heute einen Protest gegen die beabsichtigte Einverleibung erlassen hat. Diesen Protest halte ich für vollkommen an die falsche Adresse gerichtet. Wir hier annehmen nicht; wir erfüllen hier nur eine Vorschrift der preussischen Verfassung. Die Krone Preußen will ihr Gebiet erweitern, dazu braucht sie die Genehmigung aus dieses Hauses, welches gegenwärtig darüber Beschluß faßt. Und ich gebe keinem Mitgliede dieses Hauses das Recht, dagegen einen Protest zu erheben, denn hier im Hause kann dieser Protest natürlich nur als Mitglied des Hauses erhoben werden. Diesen Protest hat er, wenn er will, als Unterthan des Königsreichs Hannover, bei der Verkündung des Besitzergreifungs-Patents von Seiten Sr. Majestät des Königs zu erheben, dann wird er hören, was für eine Antwort er darauf bekommt. (Heiterkeit.)

Was die Bemerkungen des Herrn Vorredners betrifft, so stimme ich demselben allerdings darin bei, daß es den Brüdern, die wir in unseren Arm schließen wollen, schwer werden mag, sich in die neuen Verhältnisse zu fügen. Ich glaube, den Lausigern ist es damals leichter geworden, denn sie waren ihres Huldigungseides entbunden. Wer ist aber Schuld, daß dies in diesem Falle nicht auch geschieht? Das sind jene Herren selbst. Ich will sie, nachdem der Herr Referent einen so breiten geschichtlichen Teppich uns aufgerollt, nicht weiter mit geschichtlichen Ausführungen ermüden, nur eins wollte ich in Bezug darauf, was wir dann den neuen Ländern bieten, bemerken. Wir bringen ihnen etwas mit, was besser ist, als die ihnen immerhin lieb gewordenen Verhältnisse, wir bringen ihnen etwas mit, was sie bisher noch nicht gehabt haben, ein großes, starkes, ruhmvolles Vaterland. Das ist etwas, was alle Opfer, wenn sie Opfer zu bringen glauben, aufwiegt. Ich lasse mich auch nicht auf die rechtliche Begründung ein, es ist aber nicht bloß das Eroberungsrecht, nachdem wir hier verfahren; es läßt sich das nicht schöner ausdrücken, als es der Mann der gegenwärtig an der Spitze der preussischen Regierung steht, im anderen Hause gethan hat, es ist das Recht der deutschen Nation, zu existiren, zu atmen, sich zu erheben. Deswegen mußte Preußen die Waffen ergreifen, und deswegen sind diese Schranken gefallen, die das bisher unmöglich gemacht haben. Ich glaube auch, daß wir bisher nur den ersten Schritt gethan haben. Sehen Sie sich das jetzige Preußen an; fest und kompakt ruht der Kern an dem deutschen Meere, und im Osten und Westen reichen seine Arme um Deutschland herum. Dieser neuen Bahn lassen Sie uns folgen, dieser neuen und doch Gottlob schon so alten Bahn, der Ruhmesbahn des schwarzen Adlers. „Und nicht der Sonne weicht er!“ (Bravo.)

Die Generaldiskussion wird darauf geschlossen, und nach einer kurzen Bemerkung des Berichterstatters Dr. v. Daniels zur Abstimmung geschritten. (Freiherr v. dem Busche entfernt sich aus dem Hause.)

Art. 1 des Verbesserungsantrages wird mit allen gegen eine Stimme, nämlich die des neu eingetretenen Herrn von Slast angenommen.

Zu Art. 2 bemerkt Herr v. Slast-Bisch, daß darin wohl ein Druckfehler enthalten sei; es liege nämlich da: „die preussische Verfassung“ solle eingeführt werden; das müsse doch wohl „Verfassungsurkunde“ heißen.

Ref. Dr. v. Daniels bemerkt darauf, daß dies der ganze Wortlaut des im Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzes und auch vollkommen richtig sei; denn es würde ja doch nicht nur die Verfassungsurkunde, sondern auch die die Verfassungsurkunde ausführenden und ergänzenden Gesetze mit eingeführt werden.

Art. 2 wird sodann wiederum mit allen gegen eine Stimme, ebenso Art. 3 und die Einleitungsworte, und schließlich das ganze Gesetz mit der Majorität angenommen.

Nach einer kurzen Befürwortung durch den Referenten Dr. v. Daniels wird darauf auch der Antrag derselben Kommission, mehrere, mit Bezug auf die vorliegende Sache aus Hannover und Nassau eingegangene Petitionen für erledigt zu erachten, angenommen.

Schluß der Sitzung 2 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag oder Freitag. Tagesordnung: Reichswahlgesetz.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 10. September.

— Heute Vormittag beriet die Kommission des Abgeordnetenhauses für Finanzen und Handel die Regierungsvorlage, betreffend den Verkauf der Westphälischen Staatsbahn an die Bergisch-Märkische. Als Vertreter der Regierung waren zugegen der Geh. Ober-Finanzrath Meinel und der Geh. Ober-Regierungsrath v. Wolff. Den Vorsitz in den vereinigten Kommissionen führte der Abg. Noepell. Der Berichterstatter Abg. Dr. Gammacher gab zunächst eine Darlegung der Motive und vermuthlichen Wirkungen der Vorlage. Er hielt das Bedürfnis der Geldbeschaffung für den Krieg jetzt nicht mehr zureichend und daher die Frage berechtigt, ob die seiner Zeit eingegangenen Bedingungen noch gegenwärtig annehmbar. Er verneinte dieselbe, weil die an die Westphälische Staatsbahn anschließenden Bahnstrecken, namentlich Bielefeld-Kreuzen, Unna-Gann, erst vor kurzem eröffnet, ihr Einfluß auf die Frequenz der Westphälischen Bahn daher noch nicht zu übersehen sei, während er voraussichtlich sehr günstig sein würde, zumal die neuen Betriebsverhältnisse Preußens (Süd- und Kurhessen) ein natürliches Alimentsgebiet erschließen müßten. Von Konkurrenzbahnen, die im Werke, sei eine Beeinträchtigung der Entwicklung der westphälischen Staatsbahn, wenn überhaupt, so nicht vor deren Fertigstellung, also erst nach etwa fünf Jahren zu befürchten. Der Plan der Vereinigung der Westphälischen mit der Bergisch-Märkischen Bahn sei an sich gut, der von der letzteren angebotene Preis jedoch nach den obwaltenden Verhältnissen zu gering.

Der Korreferent Abg. Hoffmann (Nassau) glaubte nicht, daß die Westphälische Bahn eine bessere Zukunft habe, da sie nur ein Mittelglied und ihr Betrieb daher verhältnismäßig zu kostspielig sei. Die Auffassung der Regierung sei richtig und die Vorlage annehmbar.

Regierungskommissar v. Wolff eröffnete die Generaldiskussion mit der Erklärung, daß zur Zeit des Vertragsabschlusses die Geldkrise so bedenklich gewesen sei, daß sich eine 5% Anleihe kaum zu 80 hätte kontrahiren lassen, und da eine so schnelle und glückliche Beendigung des Krieges nicht vorauszuweisen, habe man das gegenwärtige Projekt aufgenommen, das selbst unter friedlichen Verhältnissen als nicht ungünstig erschiene. Das lokale Entgegenkommen der Bergisch-Märkischen Eisenbahnverwaltung erbeichte gleich lokale Erwiderung. Die Verhältnisse im Augenblick der Verhandlungen müßten in billige Berücksichtigung gezogen werden, da sonst derartige Verträge niemals zu Stande kommen würden. Die sachlichen Verhältnisse ließen aber auch jetzt den Vertrag als günstig erscheinen. Die zeitige Hebung z. B. von Bielefeld-Kreuzen verleihe keine Dauer, während die Konkurrenzbahnen, welche die Köln-Mindener und die Bergisch-Märkische Bahn anzulegen sich veranlaßt sehen müßten, die an sich selbstständigen und gerade von jenen beiden abhängigen Westphälische Bahn sehr beengen würden. Uebrigens sei ein Teil der Westphälischen Bahn der Erneuerung bedürftig, wodurch dem Staat erhebliche Kosten erwachsen würden, während im Falle des Verkaufs etwa 3 Proz. Mehreinnahme an Eisenbahnabgaben zu erwarten sei, abgesehen von dem Vortheile, der in der zu hoffenden Kurssteigerung der zu erwerbenden Prioritätsobligationen liege.

Regier.-Kommissar Meinel fügte hinzu, daß der Kaufpreis von der früheren wie von der jetzigen Finanzverwaltung als sehr annehmbar erachtet worden sei. Der Verkauf von Staatsbahnen sei stets vom Landtage befürwortet und, wenn irgend eine, eigne sich die Westphälische dazu. Andernfalls könnte sich eventuell das Bedürfnis ergeben, das Schienennetz derselben zu erweitern, sei es durch Erwerb benachbarter Privatbahnen, sei es durch neue Anschlußstrecken.

Abg. Dr. Becker fand den Vertrag nicht so bedenklich wie der Referent. Die Bahn sei zum Theil sehr kostspielig gebaut und daher der Ertrag gering, zumal auf den Strecken, die gar keinen Personenverkehr haben. Der günstige Einfluß von Bielefeld-Kreuzen sei nicht zu überschätzen, während die Konkurrenz der in der Ebene zu führenden Berlin-Hehrer Bahn zu fürchten sei. Möchte wirklich in einigen Jahren ein etwas höherer Kaufpreis zu erzielen sein, so ist doch der erste Schritt die Staatsbahnen aufzugeben so bedeutungsvoll, daß man ihn nicht verzerren darf.

Abg. Michaelis schloß sich dieser Auffassung an und machte weiter geltend, daß der Kaufpreis, da der Kurs der Obligationen sich seit dem Kriege wesentlich erhöht hat, inimmittelst ebenfalls entsprechend gestiegen sei. Auch im Hinblick auf den Kursstand anderer 3-4proz. Bahnpapiere sei die getroffene Abrede günstig. Ueberhaupt aber sei in Anspruch zu bringen, daß der Verkehr der Bahn nach dem Uebergange derselben in die Hände der bergisch-märkischen Bahn zu Gunsten der betreffenden Landestheile sich besonders entwickeln müsse.

Abg. Reichenheim trat dem Vorredner mit der Bemerkung bei, daß er dem Verkauf noch lieber, selbst bei einem geringeren Kaufpreise zustimmen würde, wenn die Regierung auf die Ueberleitung der bergisch-märkischen Bahn verzichten wolle.

Referent Dr. Gammacher erklärte sich im Allgemeinen auch gegen Staatsbahnen, obwohl sie als Korrektive unter Umständen sehr nützlich sein könnten. Der Verkauf der westphälischen Bahn bedeute zur Zeit aber den Verkauf der Bahn Dsnabrück-Bielefeld, der Dsnabrück-Emdener und anderer an die bergisch-märkische Bahn, da die Westphälische der Schlüssel zu allen diesen sei und der Besitzer derselben daher eventuell den Preis für alle übrigen zu bestimmen in der Lage sei, mithin ein vollständiges Monopol für alle jene Bahnen erhalten würde.

Reg.-Kommissar v. Wolff entgegnete, daß diese Befürchtungen nicht begründet seien, weil die bergisch-märkische Bahn unter der Leitung des Staates stehe und seine Einwirkung allezeit gesichert bleibe.

Nach einer weiteren Erörterung, an der sich die Vertreter der Regierung, die Abg. Michaelis, Dr. Löwe u. A. beteiligten, wurde der Vertragsentwurf mit überwiegender Mehrheit einstimmig angenommen.

Zu §. 8, erob sich eine Debatte über das dem Staate darin vorbehaltene Recht, die Rheine-Dsnabrücker Bahn zurückzuerwerben und führte der Regier.-Kommissar dazu aus, daß dies Recht namentlich für den Fall von Bedeutung sei, daß die fraglichen Bahnstrecken mehr als 4 Proz. Ertrag bringen sollten.

Nunmehr wurde der Gesetzentwurf selbst zur Spezialdiskussion gestellt und derselbe einstimmig angenommen.

Abg. Reichenheim fragte, wozu der Erlös der Bahn verwendet werden sollte, worauf der Regier.-Kommissar Meinel erwiderte: zur Deckung der Kriegskosten.

Bei der definitiven Abstimmung wurde der Entwurf nebst dem Vertrage mit großer Majorität angenommen, wobei Abg. Dörweg als Mitglied der Bergisch-Märkischen Bahnverwaltung sich der Abstimmung enthielt.

— Heute Vormittag 9 Uhr trat die besondere Kommission für die Kreditorforderung der Regierung von 60 Millionen zusammen, um sich über die Redaktion des von ihr amendierten Gesetzentwurfes zu verständigen. Nachdem die Vertreter der Staatsregierung die Kommission bisher fast ganz sich selbst überlassen und wenig Neigung gezeigt hatten, auf ihre Beschlässe Einfluß auszuüben, trat heute beim Beginn der Sitzung der Finanzminister v. d. Heydt mit einem kategorischen Einspruch gegen die in der Fassung begriffenen Beschlässe und folgender sehr entschiedenen Erklärung vor. Nachdem die Kommission mit ihrer Vorarbeit fertig geworden, sagte der Minister, sei es jetzt an der Zeit, daß die Regierung ihre Meinung über dieselbe ausspreche. Der Entwurf (den wir bereits am 8. d. Mts. mitgeteilt haben) sei mannehmbar, die Regierung müsse ihn mit Entschiedenheit zurückweisen. Er vermähre ihr keine neuen Mittel, da sie diejenigen, welche ihr der §. 3. zu geben scheine, bereits besitze. Der Entwurf schreibe eine gewisse Reihenfolge für die Verwendung dieser Mittel vor, während man doch wisse, daß diese Bestimmung nicht zu befolgen, daß die bezeichneten Mittel zum Theil bereits verwendet seien; es liege also darin eine Täuschung. Absichtlich sei nichts über den Staatskredit in den Entwurf aufgenommen; es wäre das allerdings bedeutungslos, wenn der Kredit, wie die Regierung ihn in Anspruch nehme, bewilligt wäre. Jetzt wolle man es ihr aber unmöglich machen, etwas in den Staatskredit hineinzulegen. Die vorhandenen Mittel, auf die man verweise, reichen nicht aus, um die 108 Millionen Kriegskosten und den weiteren Bedarf für Panzerschiffe, Befestigungen u. s. w. zu decken. Unerlässlich sei es,

die 27½ Millionen in den Staatschatz zurückzulegen, von denen 22 Millionen für den Krieg, 5½ Millionen für die Regulierung der Grundsteuern verwendet worden. Die Regierung sei berechtigt, Summen, über die kein besonderes Gesetz disponiert habe, wie Kriegskontribution und Kriegsschadigungen, zur Füllung des Staatschatzes zu verwenden. Die politische Lage des Staates mache diese Füllung unerlässlich. Die Regierung könne eine Weigerung des Kredits nicht hinnehmen, sie müsse darauf bestehen, daß er bewilligt werde, sie lege dem Votum dieser Kommission keine Bedeutung bei und hoffe, daß die Majorität des Plenums die Majorität der Kommission überwinden werde.

Darauf genehmigte die Kommission den von ihr amendierten Gesetzentwurf genau so, wie derselbe im Wortlaut bereits mitgeteilt ist, mit der einzigen Abweichung, daß in §. 3. („diese Geldmittel sind zunächst aus den Kriegskontributionen und Kriegsschadigungen, demnächst aus den Beständen des Staatschatzes z. z. zu entnehmen“) das Wort „demnächst“ gestrichen worden ist, um den Vorwurf, daß der Regierung eine sie bindende Reihenfolge in der Verwendung der Mittel vorgeschrieben werde, abzuwehren.

Zum Berichterstatter für das Plenum wurde der Abgeordnete Hagen gewählt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 11. September.

Der Abg. Herr v. Waligorski inserierte im „Dziennik poznański“:

„Preussische Unterthanen, welche

- a. bei ihrem Aufenthalt in Rußland oder im Königreich Polen ihrer persönlichen Freiheit beraubt worden sind oder sonst Gewaltthatigkeiten seitens der russischen Behörden erlitten haben,
- b. durch dieselben Behörden in ihren Handels- oder Familien-Interessen benachteiligt worden sind,
- c. oder Verwandte in Rußland haben, die von dortigen Kriegsgerichten verurteilt und verhaftet, bis jetzt aber von den preussischen Behörden entweder gar nicht oder ohne Erfolg reklamiert sind,

werden höflich ersucht, ihre durch Beweis unterstützten Beschwerden so bald als möglich an mich gelangen zu lassen. Die Beweise müssen entweder amtlich, oder doch auf schriftliche oder solche mündliche Zeugnisse gestützt sein, daß sie event. bekräftigt werden können.“

Offenbar handelt es sich um eine Interpellation an das Ministerium, welche dem Abgeordnetenhaufe vielleicht erwünschten Anlaß giebt, sich über den polnisch-russischen Grenzverkehr auszusprechen.

Der Generalstab des V. Armee-Korps ist gestern bereits hier angekommen. Sein Eintreffen war vorher nicht bekannt geworden, er wurde daher nur vom Stadt-Kommandanten, Herrn General v. Alvensleben, auf dem Bahnhofe empfangen. Die Angaben über das Eintreffen des Herrn Generals v. Steinmetz Exc. variieren noch zwischen dem 17. und 20. d. M.

[Cholera.] Am 9./10. September c. erkrankten im Civil 2, starb Keiner. Bestand am 10. September c. im Stadtlazareth 13, im Militärlazareth 10.

[Die Ehrenpforte] für den Empfang der einziehenden Truppen ist gestern bereits begonnen worden. Der Stand derselben ist kurz vor dem Intendanturgebäude auf St. Martin. Nach der Anlage verspricht diese Ehrenpforte großartig zu werden.

[Ereignis.] Zwei Soldaten und ein Zivilist ließen sich vorgestern in einer Droßke nach der Halbborsstraße fahren, wo sie beim Absteigen, da die Fahrt durch mehrere Straßen der Stadt stattgefunden, dem Droßkenführer 7½ Sgr. zahlen sollten. Das kurze Vergnügen ersahen ihnen zu teuer und sie verweigerten die geforderte Summe, boten dem Kutscher vielmehr nur 3 Sgr., die denn dieser wieder nicht annehmen wollte. Zu den Streitenden gestellten sich mehrere andere Personen, die für den benachteiligten Droßkenführer Partei nahmen. Nun verlangten die drei Fahrgäste der Kutscher solle sie erst noch nach dem Bahnhofe fahren, dann würden sie ihn bezahlen. Der Kutscher merkte bald, daß er hier wohl gar nicht zu seinem Gelde kommen würde und wollte fortgehen, als alle drei Fahrgäste wie auf ein gegebenes Zeichen sich an die Droßke hängten und sich fortziehen ließen, die Pferde mußten wieder stehen bleiben. Jetzt zog einer der Soldaten sein Seitengewehr, stieß als Lohn dafür, daß der Kutscher sie nicht fahren wollte, wie er sagte, die Scheiben der Droßke ein und zerbrach das Glasgelaß. Nun konnte der Kutscher weiter nichts mehr, als sich die Namen seiner Fahrgäste geben zu lassen.

X Kempen, 7. September. Der in Nr. 206 Ihres geschätzten Blattes aus Kempen vom 31. August unter „w“ eingelaufene Bericht hinsichtlich des telegraphischen Verkehrs bedarf einer Berichtigung. Den Vortheil zu erörtern, den die verlangte Telegraphenlinie von Antonia nach Trachenberg für die Stadt Kempen haben sollte, hat der betreffende Korrespondent unterlassen. Es ist in der That seltsam, die Etablierung einer Telegraphenstation an einem alles öffentlichen Lebens und Verkehrs entbehrenden Orte, wie Antonia, zu verlangen, denn die gesamte Einwohnerzahl des Ortes besteht höchstens aus 5 bis 6 Familien. Der telegraphische Verkehr zwischen hier und Posen wird nicht, wie der Herr Korrespondent meint, über Krotoschin oder Koszmin — zumal Koszmin bis heute noch einer Telegraphenstation entbehrt — sondern über Ostrowo resp. Breslau vermittelt; auf beiden Linien ist nur eine Uebertragungsstation vorhanden, mithin eine schnellere Beförderung von Depeschen nach Posen auf einem anderen Umwege gar nicht denkbar; außerdem bietet uns die Uebertragungsstation Ostrowo noch den Vortheil, daß wir in direkten telegraphischen Verkehr mit Kalisch resp. den dahinter liegenden russischen Stationen treten können.

Der Haupt-Telegraphen-Verkehr des hiesigen Ortes ist nur nach Breslau gerichtet und in dieser Beziehung reichen die vorhandenen telegraphischen Einrichtungen vollkommen aus, zumal der Verkehr zwischen hier und Breslau durch die Station Dels nicht inhibiert wird, da letztere Station zur Korrespondenz nach Breslau die von Kreuzburg ausmündende Leitung benutzt.

Auch zu einer direkten telegraphischen Verbindung mit Rawicz ist hierorts kein Bedürfnis vorhanden, denn ein kürzerer Weg wie der über Breslau wird sich wohl nicht ermitteln lassen.

Die Cholera, welche seit vier Wochen am hiesigen Orte ihr Unwesen treibt, hat schon so manche Familie in die tiefste Trauer versetzt.

Der Erweiterungsbau unseres Rathhauses, in welchem sich das königliche Kreisgericht befindet, rückt unter der umsichtigen Leitung des Baumeisters Graf seinem Ende immer näher, und dürfte unser Rathhaus in wenigen Wochen eine Bieder der Stadt werden.

Leider existiert auch hierorts in der mangelnden Straßenbeleuchtung noch ein Uebelstand, auf den die Väter der Stadt für die nächste Winteraison bei Seiten ihr Augenmerk richten möchten. Besonders die Umgegend des hiesigen Posthauses — einer der Haupt-Verkehrsanstalten für das Publikum — wird in dieser Beziehung sehr tiefmütterlich behandelt; denn sobald die Postbehörde ihre vor dem Hause angebrachte Flamme nach 8 Uhr Abends erlöschen läßt, ist die ganze umliegende Gegend in ein tiefes Dunkel gehüllt; möchte sich der Fortschritt anderer Städte auch bei uns Eingang verschaffen.

* Stenschemo, 10. September. Die Cholera wüthet hier noch immer, so daß ein gestern von Gräs in der Richtung nach Posen marschirendes Bataillon die eine Kompanie, welche es hier für eine Nacht einquartieren wollte, wieder zurückziehen mußte. Die Leute getrauten sich nicht die Häuser zu betreten. Um die Kalamität vollständig zu machen, fehlt es uns an einem Apotheker; denn unser Apotheker ist zum Militär eingezogen und noch nicht zurückgekehrt, sein Gehülfe erkrankt, so daß seine Frau gegenwärtig die Apotheke vertritt. Sollte nicht die Kreisbehörde für einige Zeit Aushülfe schaffen können!

E Birke, 8. September. Der Missionshülfsverein unserer Birnbauer Kirchentheil, ein Zweigverein der Berliner Missionsgesellschaft, hat in seinem Rechnungsjahre vom 7. Juni 1865 bis dahin 1866 einschließlich eines Bestandes von 8 Tblr. 25 Sgr. 9 Pf., eine Einnahme von 301 Tblr. 15 Sgr. 9 Pf. gehabt. Die Ausgabe betrug 301 Tblr., wovon der Berliner Missionsgesellschaft 263 Tblr. und die Götter'sche Mission unter den Rols in Ostindien 25 Tblr. erhalten hat, 7 Tblr. 15 Sgr. auf den Druck

der Jahresberichte und 5 Tblr. 15 Sgr. auf Reisekosten eines Festpredigers kommen. Beiträge sind eingegangen aus der Parodie Birnbaum 65 Tblr. 29 Sgr. 3 Pf., Par. Lewis-Haaland (Kreis Meseritz) 10 Tblr. 1 Sgr., Par. Neustadt b. P. (Kreis But) 47 Tblr. 25 Sgr. 1 Pf., Par. Britzsch 25 Tblr., Par. B. Par. Schweinert 14 Tblr. 9 Sgr., Par. Waige 28 Tblr. 15 Sgr., Par. Birke 57 Tblr. 16 Sgr. 8 Pf., dazu die Kollekte beim Missionsfeste in Waige mit 41 Tbln. und anderweit noch 2 Tblr. 10 Sgr. Schriftführer und Kassendirektor ist der hiesige Pastor Trinius. Lewis-Haaland bildete früher einen besondern Verein, wie dieses noch bei Schwerin der Fall ist.

z Bromberg, 10. September. [Unfall; Militär; Schwurgericht.] Heute Nachmittag wurde hier vom Stadtlazareth aus der hier in der Bahnhofswerkstatt beschäftigte gewesene Schlossergeselle Franz Werner aus Braunsberg, der am Sonnabend das Unglück gehabt hat, bei Warlabien unter eine Lokomotive zu geraten, von der ihm beide Beine abgequetscht wurden, unter zahlreicher Beteiligung des Publikums und unter dem Vortritt der Prahl'schen Kapelle beerdigt. Der Unglückliche war bei dem Tode während der Militärzüge eingetretener Mangel an Schmierern zum Dienste bei einer Maschine eingestellt; er soll bei dem Aufsteigen von Del unvorsichtig gewesen sein und namentlich den Tritt zur Maschine mit Del begossen haben. Als er nun aufsteigen wollte, glitt er aus, fiel unter die Maschine, welche ihm beide Beine an den Unterschenkeln zerquetschte. Nach Bromberg gebracht, wurde am demselben sofort eine Amputation vorgenommen, wobei er indes seinen Geist aufgab. Er war erst 19 Jahre alt.

An den Vorbereitungen zum feierlichen Empfange unserer Garnison am 14. d. M. wird mader gearbeitet. Die Ehrenpforte wird auf der Berliner Straße in der Nähe des früher Bader'schen Etablissements errichtet. — Am 13. rückt hier das 61. Regiment ein, hat einen Ruhetag und geht dann nach Thorn ab, woselbst es garnisonieren wird. Unsere Stadt nebst Umgegend wird im Laufe dieser Woche ca. 8000 Mann einquartieren. Es werden in Folge dessen aber auch die hiesiger Einquartierung nehmen müssen. — Auf dem hiesigen Bahnhofe herrscht jetzt täglich ein sehr reges Leben, da an jedem Tage bis zum 20. d. M. außer den gewöhnlichen Zügen noch 8 Extrazüge mit Militär (jeber Zug etwa mit 1000 Mann resp. einer Batterie) durchfahren. Gestern waren auf dem Bahnhofgebäude zu Ehren des Abends durchpassirenden Generalsstabes des ersten Armee-Korps große preussische Fahnen aufgestellt. Die durchgehenden Soldaten sind alle munter und vergnügt; oft werden sie, wenn namentlich ein zahlreiches Publikum auf dem Perron ist, mit einem Hoch empfangen. Der Aufenthalt in Bromberg währt immer nur 6–8 Minuten. Auch Verwundete kommen hier noch täglich an; jetzt aber sind es immer nur Preußen. Für die 60 Tblr., welche die Stadt jeder Kompanie des 21. Infanterie-Regiments am Tage ihres Einzuges in Bromberg bewilligt hat, wird, wie ich höre, jeder der 12 Kompagnien ein Ball in besonderen Lokalen ausgerichtet werden.

Heute ist hier unter dem Vorstize des hiesigen Kreisgerichtsdirektors v. Herzberg die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode für die Kreise Bromberg, Inowracław und Schubin eröffnet worden und wird bis zum 20. d. M. dauern. Zur Verhandlung kommen im Ganzen 21 Untersuchungsakten. Da mehrere Geschworene in Folge von allerlei begründeten Abhaltungen nicht erschienen waren, so mußten Ergänzungsgeschworene einberufen werden, weshalb die Sitzung heute erst um 11 Uhr Vormittags beginnen konnte. Zur Verhandlung kamen heute ein Prozeß wegen Diebstahls gegen die Tagelöhner Joh. Stempowski und Joseph Legomina aus Jerzow-Haaland, welche beschuldigt waren bei dem Gutspächter Hering in Plotitz, wo sie gedroschen hatten, im Januar d. J. eine Quantität Spreu gestohlen zu haben. Es wurde jedoch nur Stempowski der That überführt und zu 6 Monaten Gefängnis, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr und zu einjähriger Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt; Legomina wurde freigesprochen. Die beiden übrigen heute noch zur Verhandlung gekommenen Gegenstände betrafen Mordthat resp. Diebstahl; die Öffentlichkeit war ausgeschlossen, wie ich höre, endete die eine Untersuchungsakten gegen den Schornsteinfeger Joseph Till aus Schwelkatow mit Freisprechung; in der anderen, in der 21. Reugen zu vernehmen waren, ist bis jetzt (7 Uhr Abends) das Urtheil noch nicht gefällt.

E Erin, 8. September. [Cholera; Feiertagsverlegung; Baptistenliebesmahl.] Auch in unserer Stadt ist mit Beginn voriger Woche die Cholera so aufgetreten, daß täglich Sterbefälle vorkommen. Fürchtbar herrscht dieselbe auf dem Lande aber in den katholischen Kirchdörfern Chosyna und Panigrods, wo nach Aussage des dortigen Kranken behandelnden hiesigen Arztes in jedem der beiden Dörfer durchschnittlich 30 Cholerafrankt täglich von ihm vorgesehene werden. Die Geistlichen dort lassen es sich aber sehr angelegen sein, nach Kräften beizustehen, namentlich der Probst zu Panigrods, der selbst den Arzt zu allen Kranken herumführt, sogar mit Hand anlegt und den Chirurgengebühren aus Gollanz gegen täglich 3 Tblr. dorthin für dieselben auf seine eigenen Kosten berufen hat. In Schubin, wo diese Seuche schon Wochen lang ganz arg grassirt, ist noch keine Abnahme derselben zu bemerken, eben so wenig in Gollanz, wo sie jedoch minder heftig auftritt. Demnach würde es auch hier nicht weniger notwendig sein, daß die geistliche Behörde den ebenfalls am 14. d. hier stattfindenden Ablauf aufhöbe.

Gleich wie der am 15. August fällig gewesene Marienfest auf den nächsten folgenden Sonntag verlegt worden, ist dies auch mit dem heutigen Marienfest für morgen geschehen. Die katholische Bevölkerung hier ist ebenfalls damit sehr wohl einverstanden. — Die Baptisten unserer Umgegend haben, obgleich dieselben erst seit zwei Jahren hier aufgetaucht sind, bereits so angenommen, daß sie Sonntag vor acht Tagen hier ein Liebesmahl feierten, bei welchem gegen 70 derselben anwesend waren. Daß sie dies Liebesmahl nicht in Hefel gehalten, obgleich die dortige Baptisten-Gemeinde doch viel stärker ist, scheint dafür zu sprechen, daß sie in der Eriner Kirchgemeinde ein besseres Feld für ihre Bestrebungen zu finden hoffen. Es waren von ihnen Einladungen dazu an viele Familien ergangen.

N Gnesen, 9. September. Der X-Korrespondent von hier hat Ihre Zeitung (Nr. 208) eine Mittheilung gemacht, welche dahin zu berichten ist, daß jener angebliche Nachschwärmer Rutkowski wieder in dem hiesigen Polizeigefängnis, wovon er als Unfug treibender nächtlicher Ruhestörer gebracht worden sein soll, gestorben ist, noch überhaupt ein solches Ereignis hier stattgefunden hat. Das Ganze ist nichts weiter als eine gewöhnliche Prügelei gewesen, welcher das Hinzutreten eines Polizeibeamten sofort ein Ende machte; das beigelegte Motiv aber und das tragische Ende derselben ist rein aus der Luft gegriffen.

Wie verlautet, werden in spätestens 8 Tagen unsere Garnisonstruppen, das 6. pomerische Infanterie-Regiment Nr. 49, in Gnesen wieder einrücken. Zu ihrer freudigen Aufnahme soll in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung seitens der Stadtbehörden die Summe von 600 Tbln. zur Veranstaltung der Empfangsfeierlichkeiten bewilligt, auch die Erwerbung einer Empfangs-Deputation erfolgt und die Errichtung von Ehrenforten beschlossen worden sein. Es steht zu erwarten, daß ihr Einzug den Stadtbewohnern einen heitern, frohen Tag bereiten wird. Ein Theil der Handwerker dieses Regiments ist bereits heute angekommen.

Für die hinterbliebene Wittwe des vor Kurzem an der Cholera verstorbenen Gymnasiallehrers Hennig, welcher erst vor wenigen Wochen seine definitive Anstellung erhalten hatte, ist in Anerkennung seiner zweijährigen eifrigen Lehrthätigkeit bei dem hiesigen Gymnasium die Summe von 100 Tbln. als Erbschaftsgeld für die Kinder vorläufig auf ein Jahr von dem Magistrat und den Stadtverordneten auf die Gymnasialkasse angewiesen. Eine fernere Unterstützung soll dabei vorbehalten worden sein.

An der Cholera sind angeblich hier in der Zeit vom 22. August bis heute erkrankt 184, gestorben 83, genesen 54, und noch krank 47. Nach der Meinung der Aerzte steht das Abnehmen der Cholera-Krankheit in Aussicht, da die Erkrankungen in den letzten Tagen nicht mehr so häufig mit Erbrechen begonnen haben, sondern ruhiger und heilbarer aufgetreten sind.

z Schneidemühl, 10. August. Die Rückkehr unserer Ulanen war hier seitig genug bekannt geworden, um ihnen einen fröhlichen Empfang bereiten zu können. Dieser ist ihnen denn auch seitens der Stadt mit voller Begeisterung geworden. Magistrat und Stadtverordnete begrüßten die Schwadronen, die am Sonnabend und gestern hierher einrückten am Eingange der Stadt, und Herr Oberst v. Kleist dankte bewegten Herzens und war der guten Ueberzeugung, daß während der ersten Zeit die Schneidemühl'schen an frommen Gebeten für das Regiment nicht haben fehlen lassen. Gestern Abend war die durch viel Laubwerk geschmückte Stadt illuminiert, während die Mannschaften beider Schwadronen auf Kosten derselben festlich bewirthet wurden. Des Nachmittags schon war im Markwardischen Lokal seitens der Stadt den Herren Offizieren eine Festivität bereitet, die an Eintracht und Herzlichkeit zwischen den Theilnehmern sich auszeichnet hat. Herr v. Kleist soll

dazu die Bemerkung gemacht haben, daß dieses Fest das schönste seines Lebens gewesen.

Bei der Einholung selbst haben sich auch die Gewerke und die Schützengilde im feierlichen Aufzuge betheiligt, was aber dem Zuge in die Stadt ein ganz besonderes feierliches Gepräge verlieh, war, daß in demselben nach dem Vorgehen nach dem Freiheitskriege die rückkehrende Landwehr von Jungfrauen hier eingeholt wurde, eine namhafte Anzahl junger Damen in die Landestrasse geleitet, gegenwärtig waren, resp. dem Zuge vorausgingen. Betreffs ihrer ist nur zu wünschen gewesen, daß sie es nicht verschmäht hätten, die noch vorhandene weiße Fahne, mit der die Veteranen des Freiheitskrieges nach der großen Katastrophe eingeholt worden sind, und die hier seither als Reliquie gekehrt worden ist, mit sich zu führen. — Leider verunmüht man hier, daß der Rittmeister der Dt. Croner Ulanen-Schwadron, die eben auch erst zurückkehrte, Herr Vogel v. Falkenstein, in D. Crone mittlerweile der Cholera erlegen ist.

Landwirtschaftliches.

D Kreis Bleschen. Die Bevölkerung des Kreises beschäftigt sich überwiegend mit Ackerbau. Die nutzbaren Grundstücke zerfallen in: 1) 127 Besitzungen von 600 Morgen und darüber, mit 257,000; 2) 16 Besitzungen von 300 bis 600 Morgen, mit 6232; 3) 1468 Besitzungen von 30 bis 300 Morgen, mit 75,427; 4) 1652 Besitzungen von 5 bis 30 Morgen, mit 30,862; 5) 579 Besitzungen unter 5 Morgen mit 1190 Morgen Areal.

Bei den bäuerlichen Grundbesitzern und einzelnen Domänen ist noch das Dreifelderstystem herrschend, viele Domänen betreiben die Schlag- und Weidewirtschaft. Mit letzterer ist nicht ganze Stallfütterung verbunden, vielmehr wird das Vieh noch auf die Weide getrieben.

Nicht nur die Domänen, sondern auch der größte Theil der bäuerlichen Grundbesitzer hat verbesserte Pflüge. Landwirtschaftliche Maschinen, namentlich Dresch- und Säemaschinen, finden sich nur auf den Domänen. Die von einzelnen Domänen angekauften Heumähdemaschinen haben sich bei der feineren Beschaffenheit des Bodens als praktisch nicht bewährt.

Die Bodenflächen des Kreises bedürfen fast durchgehends der Drainage, weil sie einen undurchlässigen Untergrund haben. Bis jetzt ist nur auf den Herrschaften Klenka und Gora in größerem Umfange drainirt worden. In Klenka werden die Röhren von einer Maschine, in Gora von zwei Weatehead'schen und einer Claytonschen Maschine gefertigt. Außerdem befindet sich noch eine kleine Maschine in Dillarow und eine in der Reichlichen Biegelei bei Pleschen, welche dem Staate gehört. — Von den in Gora zur Drainage bestimmten 7190 Morgen sind bald die Hälfte drainirt worden. Der Untergrund bestand aus Sand, Lehm oder Lette. Jährlich wurden 600,000 Stück Röhren gefertigt und stellte sich der Preis derselben auf 2 Tblr. pro Wille. Die Kosten des Grabens betrugen pro Quadrat-Ruthe 1 Sgr. 3 Pf. bis 1 Sgr. 9 Pf. und die Gesamtkosten beliefen sich auf 5 bis 6 Tblr. pro Morgen. Von den in Klenka zur Drainage bestimmten 3000 Morgen sind ein Drittel drainirt. Der Boden bestand aus Mittelsboden, Thon oder Sand im Untergrunde. Jährlich wurden 300,000 Röhren gefertigt, und beliefen sich die Gesamtkosten auf 9 Tblr. pro Morgen.

Der Obstbaumzucht wird nicht die Aufmerksamkeit geschenkt und die Sorgfalt gewidmet, die sie verdient, obgleich das Obst in Bolen zahlreiche Abnehmer findet und gute Preise erzielt. — Der Gemüsebau ist im Zunehmen begriffen; namentlich scheiden die den Städten nahe wohnenden bäuerlichen Besitzer demselben jetzt mehr Aufmerksamkeit als sonst, weil sie die pecuniären Vortheile, welche er ihnen gewährt, zu würdigen gelernt haben. — Weinbau wird in diesem Kreise nicht betrieben, ebenso erstreckt sich der Hopfenbau nur auf einzelne Domänen, und zwar auch nur zum eigenen Bedarf.

Bewässerungswiesen finden sich vorzugsweise in Neustadt a. W. und Gora. Dort werden alle Arten des Kunstbaues, als der Hang und Räderbau, ausgeführt. Auch benutzt man an einzelnen Stellen das Drainwasser zur Ueberflutung.

In neuerer Zeit ist die Pferdezucht mehr in Aufnahme gekommen; die Arbeitspferde gehören gewöhnlich der polnischen Landrace an. Letzteres ist auch mit dem Rindvieh der Fall. Wo besseres Vieh gefunden wird, hat eine Kreuzung mit Shorthorn, Oldenburger, Holländer und anderem Vieh stattgefunden. Eine rühmliche Ausnahme macht Gora. Dort wird das edelste Rindvieh gehalten, wovon sich Jeder bei den stattfindenden Auktionen überzeugen kann. Die Schafzucht ist in stetigem Zunehmen begriffen. — Die Schweine bilden einen Handelsartikel. In Gora wird nur das englische Vollblutschwein gehalten.

Die Bienenzucht führen jetzt fast alle die Djersons'sche Methode ein. Bei dem zunehmenden Anbau von neuen Kulturpflanzen, Futtergewächsen und Delfrüchten, welche den Bienen reichliche Nahrung geben, dürfte die Bienenzucht lohnend werden.

Der Seidenbau wird in geringem Umfange betrieben.

Stand der Viehzucht. Es hat wohl seit mehreren Jahrzehnten keine so enorme Verminderung der Viehzucht stattgefunden wie seit dem Herbst vorigen Jahres. In England hat bekanntlich die Kinderpest nahezu die Hälfte des Viehstandes weggerafft und immer ist sie noch nicht erloschen; in Holland und Belgien hat sie ebenfalls zahlreiche Opfer gefordert und ist hier noch in weiterem Vordringen begriffen. Nicht minder hat die Knochenbrüchigkeit, sogenannte Racke, in Rheinpreußen, der Pfalz, in Lothringen, im Elsaß, im bairischen Unterbayer, in Württemberg, in Franken und in noch manch anderen Gegenden die Viehzucht empfindlich gekostet. Rechnen man dazu den überaus großen Futtermangel des vorigen Jahres, in Folge dessen schon vor Eintritt der erwähnten Seuchen der Viehstand fast allenthalben vermindert wurde, so muß es einleuchtend sein, daß die Viehzucht in kurzer Zeit eine gewaltige Krisis durchgemacht hat, in Folge derer denn, schon im Hinblick auf die reicheren Futtererträge, der Viehbegehr im Vergleiche zum Viehangebot sehr groß ist und daher die Preise eine stete Steigerung erfahren. Allerdings sind im Augenblicke, schon im Hinblick auf die politischen Wirren, die Geldmittel des Landwirths nicht ganz so groß und auch nicht ganz so flüssig, allein in demselben Maße, in welchem man es erkannt hat, daß doch die Viehzucht die solide Basis der Landwirtschaft ist, strengt man sich auch an, in den Besitz des nöthigen Viehstandes zu kommen, selbst auf die Gefahr hin, daß es auf dem Wege des Vorgeschehen müsse.

Bermischtes.

* Daß die Theilnahme Preußens für die Mainlinie und die an derselben befindlichen Städte keine besonders neue ist, bewies nach der „Dd.“, eine Denkmünze aus dem Jahre 1759. Dieselbe trägt auf der einen Seite das Porträt Friedrichs des Großen und auf der anderen folgende Inschrift:

„Nürnberg und Frankfurt will ichs denken,
Baireuth und Ansbach will ichs denken,
Bamberg und Würzburg will ichs weisen,
Daß ich bin der König von Preußen.“

* Ein höchst raffinirter Betrug ist, nach der „Stb.-Z.“, dieser Tage im Pfandhause zu Köln entdeckt worden. Ein Geschäftsmann aus dem Großherzogthum Baden kam nämlich in das bezichnete Lokal und präsentirte einen Pfandschein beifolgender Auslösung. Laut demselben waren angeblich verpfändet: Juwelen, Diamanten, Chronometeruhr, sowie verschiedene kleine Schmuck- und Goldsachen, welche zu einem Werthe von 700 Thalern abtagirt waren und worauf ein Darlehen von 400 Thalern gegeben worden war. Diesen Pfandschein hat der vorgenannte Geschäftsmann in einem Hotel von einem angeblich polnischen Grafen erworben und war schleunigst nach Köln gereist, um die schönen Sachen aus ihrem unwürdigen Joch zu befreien. Aber, statt der schönen blühenden Edelsteine in der Tasche, wurde ihm im Pfandhause die schreckliche Kunde mitgetheilt, daß der Pfandschein ein falsches Document sei. Statt der Edelsteine u. war auf die Nummer dieses Pfandscheines nur „ein Regenmantel für den Betrag von 1 Tblr. 10 Sgr.“ verpfändet. Der betrogene Geschäftsmann, der anfänglich als Betrüger angesehen wurde, legitimirte sich, und benutzte sein auf der Eisenbahn genommenes Retourbillet zur Rückreise nach Baden, um den Pseudo-Polen-Grafen aufzufuchen; ob der letztere jedoch die Rückkehr des Betrogenen abgewartet hat, dürfte stark bezweifelt werden. Die Fälschung des Pfandscheines war so täuschend, daß eine augenblickliche Erkennung nicht möglich war. (Beilage.)

* Das Städtchen Schlan, in der Nähe von Prag, entschloß sich beim Vorrückten der Preußen einen Bittgang zu einem wunderthätigen Marienbilde zu unternehmen, als wirksamstes Mittel, die Feinde aufzuhalten. Früh rückt die Prozession aus und gleich darauf ein Bataillon Preußen ein. Der Bürgermeister entschuldigte sich aufs Höflichste beim Kommandanten, daß Niemand zu Hause sei; gegen Abend würden sie wohl alle wiederkommen. Auf weitere Fragen des Kommandanten gesteht der verlegene Bürgermeister alles und fügt hinzu: „Na, da Sie nun einmal hier sind, kann ich die Leute auch gleich zurückholen.“

* Die eiserne oder lombardische Krone, welche jetzt Gegenstand einer besonderen Forderung Italiens an Oesterreich ist, da sie die abziehenden Oesterreicher bekanntlich mit nach Wien genommen haben, besteht aus einem breiten goldenen, mit Juwelen besetzten Reifen, dessen innere Seiten mit einem dünnen, eisernen Streifen belegt ist. Der letztere soll aus einem der Nägel des Kreuzes Christi gearbeitet sein, welchen die Kaiserin Helene aus Palästina mitbrachte. Die Krone wurde dann in der 595 von der lombardischen Königin Tadelinda gegründeten Domkirche in einem Kistchen über dem Altare aufbewahrt. Mit ihr wurden 34 lombardische Könige gekrönt, zuerst Agilulf, in der Folge auch Karl der Große 774. Dann ruhte sie, bis Napoleon sie sich 1805 selbst aufsetzte mit den Worten: Dio me l'ha data, guai a chi la tocca! (Gott hat sie mir gegeben, wehe dem, der sie anrührt.) Endlich wurde noch 1838 der österreichische Kaiser Ferdinand I. als König der Lombarden damit gekrönt.

* Das Hamburg-New-Yorker Postdampfschiff „Sagonia“, Kapitän Meyer, am 25. August von New York abgegangen, ist nach einer ausgezeichnet schnellen Reise von 10 Tagen 9 Stunden am 5. d. 9 Uhr Morgens in Cöves angekommen, und hat, nachdem es daselbst für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet, um 11 1/2 Uhr die Reise nach Hamburg fortgesetzt. Dasselbe überbringt 67 Passagiere, 2 Briefsäcke, 450 Tons Ladung und 39,360 Dollars Contanten.

* Das Hamburg-New-Yorker Postdampfschiff „Allemania“, Ka-

pitän Trautmann, welches am 19. August von Hamburg und am 22. August von Southampton abgegangen, ist nach einer telegraphischen Mittheilung aus New-York vom 4. d. M. wohlbehalten dort angekommen.

Unlängst brachten wir unseren Lesern die Nachricht, daß die Fabrikräume des Malzextraktfabrikanten und Hoflieferanten Johann Hoff zu Berlin wiederum vergrößert worden seien, um das bisher wegen seiner vortrefflichen Einwirkung auf die Gesundheit so hochgerühmte Kraftbrustmalz zu einem allgemeinen Hausgetränk sowohl für Gesunde, als für Kranke geeignet zu machen. Der Fabrikant führte dies dadurch aus, daß er jenes Produkt in eine höchst geschmackvolle und wirklich ausgezeichnete Malz-Gesundheits-Chokolade einlegte, welche die französischen und italienischen Sorten weit hinter sich läßt. Die Komposition ist eine wohlverwogene, für Heilzwecke genau berechnete und gepulverte, und sind wir — was die heilsame Wirkung von Malzfabrikaten im Allgemeinen betrifft — hinreichend überzeugt, daß allein die Hoff'schen, die sich wegen ihrer Güte bereits einen Weltruf erworben haben, dieses Ziel erreichen. Neben einer neuerichteten Malzmühle erhebt sich eine mit allen technischen Erfindungen der Neuzeit ausgerüstete, sehr sauber und luxuriös ausgestattete Malz-Chokoladen-Fabrik, die durch eine große Dampfmaschine in Betrieb gesetzt, die wohlthätigen Dämpfe der angrenzenden Malzextrakt-Brauerei aufnimmt. Sie wird mit der ausgefeiltesten Cacao, dem feinsten Zucker, dem vorzüglichsten Malz und endlich mit jenen wohlthätigen Stoffen verfertigt, welche dem Kraftbrustmalz seinen Ruf verschafft haben. — Die bis jetzt in den Hoff'schen Brauerei, Malzerei und Fabrikräumen hergestellten Malzfabrikate sind: Malzextrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Chokoladenpulver, Brustmalz-Bonbon, Brustmalz-Zucker und Vademal. Die Heilkräfte derselben, resp. der Wohlgeschmack, bezeugt sich am besten durch die riesigen Bestellungen, die von allen Welttheilen darauf eingegeben, und welche fortwährend zunehmen. In allen größeren und Mittelstädten Europas sind die Hoff'schen Malzfabrikate aus den Niederlagen zu beziehen. Wo eine solche fehlt, wird, wie wir unseren Lesern mittheilen können, auch nach den kleinsten Orten hin von der Hoff'schen Fabrik zu Berlin aus, im Sortiment von 1 Thaler ab befördert.

Angelommene Fremde.

Vom 11. September.

DEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Chlapowski aus

Szoldry, v. Latomski nebst Frau aus Machein und v. Ranicowski nebst Frau aus Klonie, die Gutsbesitzer Nebring nebst Familie aus Sopotnik und Zaborowski aus Dzieniarki, Rentier v. Ciromski aus Wycizkow, Kaufmann Brieger nebst Frau aus Cioromski.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer Graf Binski aus Paporow, Probst Szew aus Goliczow, Kaufmann Swier nebst Frau aus Kulin.

TILNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Caracicola aus Breslau und Rosenthal aus Berlin, Stadtschreiber Deutsch und Lehrer Dalski aus Gräs, Oberamtmann Winterfeld aus Lesnie, Kreisrichter Franke und Ober-Melior. Sekr. Müller aus Kosten.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Illers aus Frankfurt a. M., Kufmaly aus Borowo und Vergas aus Dresden, Generalarzt Dr. Wagner aus Gölitz, Generalagent Kluge aus Danzig, die Rittergutsbesitzer Schemann aus Stupia und Graf Radolinski aus Jarocin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Breza aus Wiclowice, Intendant Gervais und Hauptmann Hedert aus Böhmen, Fabrikant Schnogas nebst Tochter aus Thorn, Kaufmann Rippmann aus Mainz.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Slawojewski aus Ustaszewo und Schind aus Berlin, einjähr. Freiwilliger Hartmann, Landwirth v. Beyrich und Apotheker Pfeiffer aus Stenszewo, Eigentümer v. Lasowski aus Schroda.

MYLIOS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Finigan aus Leipzig, Brodhäusen aus Berlin und Steffens aus Elberfeld, die Gutsbesitzer v. Treskow aus Chlodowo, Sperling aus Kitzow, Nöschke aus Cramlau, Dr. Maack nebst Frau aus Trzemeszno, Gregor aus Polen und v. Walowski nebst Familie aus Simmerau, General-Major v. Kleist aus Berlin, Premier-Lieutenant Eckert aus Potsdam, Assessor Gierth nebst Familie aus Danzig.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Vogel aus Halle, Lange aus Duedlinburg und Schmidt aus Magdeburg, Rittergutsbesitzer v. Rogalinski aus Cerekowice, Fabrikant Schmidt aus Berlin.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Starob nebst Familie aus Biala, Frau. Sczanieta und Frau. Dobrza aus Sforazewo, Frau Roszalska und Frau Radoneta aus Wargomo, Wlaski nebst Frau aus Bielnie, Radonski aus Kraslice, Niegolowski aus Wloclawo, Ratzevski aus Kleszewo und Lempiak aus Polen, die Rittergutsbesitzer Fürst Sultowski aus Reiten, Graf Maczynski aus Rogalin und Graf Binski aus Polen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich **Mittwoch den 12. September**, Magazinsstraße Nr. 1., Vormittags von 9 Uhr ab Ausstellungsgegenstände, als: **Riemzeuge, Kandaren, Trensen, Kochgeschirre, Spaten, Beile, Aegte, Sättel, Patronentaschen** etc. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, kgl. Aukt.-Kommissarius.

Möbel- u. s. w. Auktion.

Donnerstag den 13. September c. werde ich Umzugs halber **Ritterstr. Nr. 2.** (Barterre) gute Mahagoni-Möbel, als: **Tische, Stühle, Spinde, Servanten, Sophas, Komoden, Spiegel** etc. Porzellan, Glas, sowie **Haus-, Wirtschafts- und Küchen-Geräthe** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, kgl. Aukt.-Kommissarius.

Ich habe mich hier in **Schwerfenz** als freipraktizierende Gebamme niedergelassen.

Charlotte verwitwete Christ, jetzt verehelichte **Wüste** aus **Mur. Goslin**.

Eine oder zwei Pensionärinnen finden vom 1. Oktober c. Aufnahme in einer Beamtenfamilie, wo auch in den Unterrichtsgegenständen Nachhilfe erteilt wird. Näheres durch die Güte der Schulpflichterin **Fr. Piper**, Wilhelmplatz Nr. 14 b.

Mein Kaffeehaus

unter der Benennung „**Concordia**“, nebst einem Garten und einer Kegelbahn, will ich sofort aus eigener Hand verkaufen.

Anton Tumczynski, Unterwida bei Posen Nr. 14.

Germania.

Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Stettin.

Grundkapital: **Drei Millionen Thaler Pr. Ort.**

Im Laufe des Monats **August d. J.** sind von uns **neu abgeschlossen** worden:

1347 Versicherungen auf Thaler 599,683 Pr. Ort., welche der Gesellschaft eine Vermehrung ihrer **Prämien-Einnahme** um jährlich **Thlr. 19,023 Pr. Ort.** zuführten.

Der **Versicherungsbestand** stieg Ende August d. J. auf **82,197 Versicherungen mit Thlr. 40,630,673 Pr. Ort.** und die **Jahres-Einnahme** der Gesellschaft erreichte die Höhe von jährlich ca. **Einer Million zweihundert und neunzig Tausend Thln. Pr. Ort.**

Stettin, den 6. September 1866.

Die Direktion.

Zur Entgegennahme von Versicherungs-Anträgen empfehlen sich sowohl die bekannten Agenten, als auch die unterzeichnete General-Agentur.

Posen, den 8. September 1866.

Die General-Agentur der **Germania**.
Leopold Goldenring.

J. Specht,

Gewehr-Fabrikant

in Posen,

Bergstraße Nr. 3.

Von dem Feldzug glücklich zurückgekehrt, empfehle ich mein Lager von **Büchsen, Lesaucentz-Flinten, Büchsenflinten, Perkussions-Flinten, Gewehren u. Revolvern, Flinten.** Reparaturen aller Arten.

Ballons und Laternen

in allen Farben und verschiedenen Formen zu Dekoration und zum Illuminieren, sind billigst zu haben bei

Anton Wunsch,

Breitestraße Nr. 18.

Illuminationslampen

beforgt bei zeitiger Bestellung

Adolph Asch,

Schloßstraße 5.

Cyper-Bitriol

(Kupfer-Bitriol oder Blausäure)

empfehle ich die Droguenhandlung von **Herrmann Moegelin**, Bergstraße 9.

Stettin, den 11. September 1866. (Marouse & Maass.)

Not. v. 10	Not. v. 10	Not. v. 10	Not. v. 10
Weizen, böher.		Rübsöl, unverändert.	
Septbr.-Oktbr. 72 1/2	71 1/2	Septbr.-Oktbr. 12 1/2	12 1/2
Oktbr.-Novbr. 71 1/2	70	April-Mai 1867 12 1/2	12 1/2
Frühjahr 1867 70 1/2	69 1/2	Spiritus, fest.	
Loggen, böher.		Septbr.-Oktbr. 14 1/2	14 1/2
Septbr.-Oktbr. 46	45	Oktbr.-Novbr. 14 1/2	14
Oktbr.-Novbr. 46	45	Frühjahr 1867 14 1/2	14 1/2
Frühjahr 1867 45 1/2	44 1/2		

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Börse zu Posen

am 11. September 1866.

Aus demselben Grunde wie gestern können auch heute Notirungen nicht angegeben werden.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Septbr. Wind: W. Barometer: 28¹. Thermometer: früh 14⁰ +. Witterung: Schön.

Ein trübes Geschäft führt in der Regel auch eine matte Haltung der Preise mit sich und mit Rücksicht hierauf hätten wir heute, wo der jüdische Feiertag eine große Zahl der Interessenten vom Geschäft fern hält, auch wohl eine gedrückte Stimmung für unsere Marktartikel voraussetzen dürfen.



Die von dem **Bromberger Kreise** gestellten **Landwehr-Mobilmachungs-Pferde** werden

am Montage den 17. September c. und den folgenden Tagen von Morgens 9 Uhr ab auf dem Zuckersiedereisplatz hieselbst

meistbietend gegen baare Zahlung öffentlich verkauft, wozu Kaufstübhaber hierdurch eingeladen werden.

Unter Umständen wird die ständische Kommission gegen sichere Wechsel Kredit gewähren.

Bromberg, den 8. September 1866.

Der Landrath.

Dem Verein für verwundete Krieger in **Oldenburg**, der das hiesige Reserve-Lazareth so reichlich mit Verbandzeug, Charpie und anderen Lazareth-Gegenständen bedacht hat, sagt die unterzeichnete Lazareth-Kommission hiermit öffentlich ihren herzlichsten Dank.

Kosten, den 9. September 1866.
Königliche Reserve-Lazareth-Kommission.

Bekanntmachung.

Der Konkurs über das nachgelassene Vermögen des Kaufmanns **D. Nathau** zu Lissa ist beendet.

Lissa, den 5. September 1866.

Königliches Kreisgericht.

Pferde- u. s. w. Auktion.

Mittwoch, den 12. Septbr. c. Vormittags 11 Uhr, werde ich im Hofe des **Auktionslokals Magazinstr. Nr. 1.** sechs brauchbare gute **Arbeits-Pferde** sowie einen guten **Wagen** (amerikanische Bauart) öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, kgl. Aukt.-Kommissar.

Auktion.

Mittwoch den 12. und Donnerstag den 13. d. Mts. früh von 9 Uhr ab werde ich für auswärtige Rechnung im **Laden Markt Nr. 83.** eine große Partie **feine importierte Cigarren**, mehrere Hundert **Flaschen echten Rothwein**, **goldene und silberne Uhren**, auch **Damenuhren**, **Ringe** etc., **Roc. und Dosenstoffe**, **wollene Waaren** etc. öffentlich versteigern.

königl. Auktions-Kommissar.

Mittwoch den 12. d. Mts. von früh 8 Uhr ab sollen auf dem **Kanonienplatz** in Folge der Demobilmachung überzählig gewordene **Artillerie-Bug- und Reitpferde** gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkauft werden.

Die Verkaufs-Kommission.

Ein junges Mädchen, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, mit der Landwirtschaft und weiblichen Handarbeit vollkommen vertraut, sucht zur Stütze der Hausfrau eine passende Stellung vom 1. Oktober ab. Auf gute Behandlung wird mehr als auf Gehalt gesehen. Nähere Auskunft erteilt **Franz Carth**, Verberstraße 8/9.

Zum 1. Oktober gebrauche ich eine Wirthin. Persönliche Vorstellung am liebsten, sonst Briefe franko erbeten.

Grotkono bei Gnesen.

Moritz.

Ein braun und weißes Wachtelhündchen ist zugelaufen und kann abgeholt werden **Halbortstraße 7.** Hof 1 Tr.

Gefunden einen braunen und weißen **Wachtelhund**, Grüne-straße Nr. 1. **Wittwe Fischer.**

Bei **J. J. Heine** in Posen, Markt Nr. 85., ist zu haben:

Das grüne Buch

oder:

die verschwiegene Krankheiten.

Ärztlicher Beistand, Rathgeber und Helfer in den gewöhnlich geheim gehaltenen Krankheiten der jungen Männer. — Durch viele Abbildungen erläutert. — Aus dem Französischen überetzt und herausgegeben von **Albert Pouillet**, Doktor der Medicin und Chir.

Preis 15 Sgr.

In für den Laien so leichter Sprache zeichnet dieses Buch die vielfachen Uebel, welche als Folge von Ausdauerungen vorkommen, und bei gewissenhafter Beachtung der gegebenen ärztlichen Rathschläge werden — wir sind es überzeugt — tausend Quellen langjähriger und selbst erblichen Siechthums verstopft werden.

13. IX. St. F. u. T. IV. fällt aus.

Den Mitgliedern der Ressource zur gefälligen Kenntniss, daß der Bestand nebst dem Erlöse von den verkauften Sachen im Betrage von **44 Thlr. 18 Sgr. 1 Pf.** heute dem Herrn Ober-Präsidenten der Provinz für die Landwehrfrauen zur Disposition gestellt ist.

Der Vorstand.

Heute früh 1/3 Uhr starb unser lieber Sohn **Emil** im Alter von 3 Jahren 3 Monaten nach feststehendem Krankenlager, welches tiefbetrauert Verwandten und Bekannten um stille Theilnahme bittend, anzeigen.

Die Beerdigung findet den 13. Nachmittags um 3 Uhr vom evangel. Kirchhofe aus statt.

Emil Wihran

nebst Frau,

Mühlentwieser in Głowno.

Fehle's Gesellschaftsgarten,

täglich Konzert.

aber wir sind in unseren Erwartungen getäuscht worden. Für alle Artikel trug die Stimmung einen festen Ton, bei dem die Preise zum Theil nicht ganz unwesentlich sich gebessert haben. Das Geschäft blieb indeß auf ein Minimum beschränkt.

Unter Berücksichtigung des eben Gesagten, dürfen wir von einer speciellen Berichterstattung über die einzelnen Artikel absehen und unsere Leser auf die nachfolgenden Notirungen hinweisen.

Weizen loco p. 2100 Pfd. 50—75 Rtl. nach Qualität, p. 2000 Pfd. Septbr. 67 Rtl. bz., Septbr. Dttbr. do., April-Mai 67 bz. Roggen p. 2000 Pfd. loco 46½ a 47½ Rtl. nach Qualität gef., Septbr. 46½ a 47 Rtl. bz. u. Br., 46½ Gd., Septbr. Dttbr. do., Dttbr. Novbr. 46½ bz., Br. u. Gd., Novbr. Dttbr. 46½ a 47½ bz., Frühjahrs 45½ a 46 a 45½ a 46 bz.

Gerste loco p. 1750 Pfd. 37—45 Rtl. Hafer loco p. 1200 Pfd. 23 a 27 Rtl., Septbr. 24½ Rtl., Septbr. Dttbr. 24 Rtl., Dttbr. Novbr. 24 Rtl., Frühjahrs 24½ Rtl.

Erbsen p. 2250 Pfd. Kochwaare 54—64 Rtl., Futterwaare do. Rübsöl loco p. 100 Pfd. ohne Faß 12½ Rtl. Br., Septbr. 12½ Rtl. bz., Septbr. Dttbr. 12½ a 13½ bz., Dttbr. Novbr. 12½ bz., Novbr. Dttbr. 12½ Br., April-Mai 12½ bz.

Leinöl loco 14½ Rtl. bz. Spiritus p. 8000 % loco ohne Faß 15½ Rtl. bz., Septbr. 14½ a 15½ bz., Septbr. Dttbr. do., Dttbr. Novbr. 14½ a 15½ bz., Novbr. Dttbr. 14½ a 15½ bz., April-Mai 14½ bz.

Weizenmehl Nr. 0. 4½—5½ Rtl., Nr. 0. u. 1. 4—5½ Rtl., Roggenmehl Nr. 1. 3½—4½ Rtl., Nr. 0. und 1. 3½—4½ Rtl. bz. pr. Ctr. unterfeuert. (B. S. B.)

Stettin, 10. Sept. An der Börse. (Amtlicher Börsenbericht.) Wetter: Schön. +18° R. Barometer: 28 1/10 Wind: S. D.

Weizen anfangs höher bezahlt, lebhafter Umsatz, Schluß ruhig, loco p. 850 Pfd. gelber neuer 65—70 Rtl., alter 66—71 Rtl., 83/85 Pfd. gelber loco p. 850 Pfd. Dttbr. 71½, 71, 71½ bz., 71½ Br., Dttbr. Novbr. 70 bz., Novbr. Dttbr. 69 Gd. u. Br., Frühjahrs 69½ bz., 70 Br.

Roggen fest und etwas höher, p. 2000 Pfd. loco 44½—46 Rtl., pr. Septbr. Dttbr. 45½ bz., Br. u. Gd., Dttbr. Novbr. 45 bz. u. Br., Frühjahrs 44½ bz., 45 Br.

Gerste loco p. 700 Pfd. märk. und Oberbr. 40—41 Rtl., schles. 41—42 bz. Hafer loco p. 500 Pfd. neuer 24½ Rtl. bz.

Winterrüben 80—82 Rtl., pr. Septbr. Dttbr. 82½ Br., 82 Gd. Winterraps loco 84½ Rtl. bz.

Leinöl loco inkl. Faß russ. 14½ Rtl. bz. Rübsöl wenig verändert, loco 12½ Rtl. Br., pr. Septbr. Dttbr. 12½ bz., 12½ Br., Dttbr. Novbr. 12½ bz., pr. Septbr. und Septbr. Dttbr. 14½ bz., Dttbr. Novbr. und Novbr. Dttbr. 14½ bz., Frühjahrs 14½ bz., 15 bz. u. Gd., 15 Br.

Angemeldet: 100 Wipfel Rüben, 300 Ctr. Rübsöl. (Off. Btg.)

Breslau, 10. Septbr. [Produktenmarkt.] Wegen des hohen jüdischen Festtages war der Geschäftsverkehr am heutigen Markte höchst belanglos und sind Preise nur nominell zu notiren.

Weizen p. 84 Pfd. weißer 70—90 Sgr., neuer 72—80 Sgr., gelber 70—76—82 Sgr., feinstes über Notiz, neuer gelber 66—70—75 Sgr. Roggen. Wir notiren p. 84 Pfd. alter 53—56 Sgr., neuer 48—53 Sgr., feinstes über Notiz bezahlt.

Gerste p. 74 Pfd. alte 43—46 Sgr., neue 38—42 Sgr. Hafer p. 50 Pfd. alter 26—29 Sgr., neuer 23—26 Sgr. bezahlt. Hülsenfrüchte. Kocherbsen 60—65 Sgr., Futtererbsen 48—52 Sgr. p. 90 Pfd.

Wicken p. 90 Pfd. 50—54 Sgr. Bohnen p. 90 Pfd. 110—125 Sgr., feinstes über Notiz. Buchweizen p. 70 Pfd. 46—52 Sgr. nominell.

Deilaaten p. 150 Pfd. Brutto Winterrüben 160—180 Sgr. Winterraps 170—200 Sgr., feinstes Sorten über Notiz bezahlt. Sommererbsen 145—160 Sgr. Leindotter 130—150 Sgr. Schlaglein ohne Handel.

Kleesaat. Wir notiren roth (alte Waare) 13—14½ Rtl. p. Ctr. Rapstuchen gefragt, 42—44 Sgr. p. Ctr.

Wegen des hohen jüdischen Festtages fand heute keine Produkten-Börse statt.

Preise der Cerealien.

(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)
Breslau, den 10. September 1866.

	feine	mittel	ord. Waare.
Weizen, weißer alter	80—85	75	66—70 Sgr.
do. do. neuer	78—80	76	72—74 =
do. gelber alter	77—80	74	68—72 =
do. do. neuer	73—75	71	68—70 =
Roggen alter	55—	54	— 53 =
do. neuer	52—53	51	48—50 =
Gerste	43—45	41	38—40 =
Hafer, alter	— 29	28	— 26 =
do. neuer	25—26	24	22—23 =
Erbsen	60—62	56	50—53 =

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	196	186	173 Sgr.
Rübsen, Winterfrucht	178	168	158 =
do. Sommerfrucht	—	—	— =
Dotter	150	140	130 =

(Bresl. Hds.-Bl.)

Magdeburg, 10. Septbr. Weizen 62—65 Thlr., Roggen 47—49 Thlr., Gerste 37—46 Thlr., Hafer 24—28 Thlr.

Kartoffelspirit, Lokowaare schwach begehrt, Termine fest. Loko ohne Faß 16 Thlr., pr. diesen Monat 15½ Thlr. bz., Septbr. 15½ Thlr., Septbr. Dttbr. 15½ Thlr. p. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde a 1½ Thlr. pr. 100 Quart.

Rübenspirit stärker angeboten. Loko und Septbr. 14½ Thlr. (Magdeb. Btg.)

Hopfen.

Gardelegen, 8. Septbr. Neuerer Zeit ist die Hopfenpflanze durch die verschiedensten Witterungsverhältnisse beeinflusst worden; heftige Stürme bei kalter Temperatur haben Mitte vergangenen Monats dem Frühhopfen etwas geschadet, während der Späthopfen, welcher damals erst zu blühen angefangen, nichts davon zu leiden hatte. Vor etwa 14 Tagen veränderte sich jedoch die Temperatur von kalt auf warm, welcher Witterungswechsel demnach auf die Pflanze einwirkte, daß der Frühhopfen schnell reifte und die Bodenentwicklung des Spätgewächses wesentlich befördert wurde. Seit acht Tagen ist man auf allen Produktionsplätzen mit dem Einheimsen des Frühhopfens fleißig beschäftigt, während es jedoch noch eine Weile dauern wird, ehe der Späthopfen geerntet werden kann. Im Allgemeinen ist der Stand der Hopfenplantagen ein befriedigender, es ist nur wünschenswerth, daß uns die nächsten vier Wochen eine freundliche Witterung bringen, damit der Hopfen in Qualität ebenso befriedigend ausfällt, als in Quantität, welche man auf eine gute halbe, bis ¾ Ernte schätzen kann.

Die regnerische Witterung dieser Tage hat die Trocknung des Hopfens sehr erschwert; es sind zwar schon hier und dort einige Ballen zum Preise von 23 bis 26 Rtl. gefast, die aber, um verwendbar zu sein, einer Nach-trocknung bedürften.

1865er und ältere Jahrgänge sind bis auf wenige Centner geräumt, die letzten Bestände wurden erst vor Kurzem zum Export nach England auf-gekauft. (B. S. B.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 10. Septbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide-

markt sehr fest. Weizen pr. Septbr. Dttbr. 5400 Pfd. netto 123 Banfor-thaler Br. u. Gd., pr. Dttbr. Novbr. 121 Br., 120½ Gd. Roggen pr. Septbr. Dttbr. 5000 Pfd. Brutto 74 Br., 73 Gd., pr. Dttbr. Novbr. 74 Br., 73 Gd. Del pr. September 26, pr. Oktober 26, pr. Frühjahr 26½. Kaffee 1000 Sack Santos umgekehrt. Binf 13½ gefordert, Lieferung 13½. Keine Kauflust. — Sehr schönes Wetter.

London, 10. Septbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen vier, fremder zwei, Malzgerste zwei, Maltgerste einen, Hafer einen halben Schilling höher. — Schönes Wetter.

Paris, 10. Septbr., Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rübsöl pr. September 99, 00, pr. Oktober-Dezember 99, 50, pr. Januar-April 100, 00. Mehl pr. September 65, 00, pr. November-Dezember 67, 00. Spiritus pr. Oktober-Dezember 57, 50.

Amsterdam, 10. Septbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen etwas höher. Roggen loco einige höher, Termine matt. Raps pr. Oktober 69. Rübsöl pr. Oktober 39½, pr. Mai 41½.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1866.

Datum.	Stunde.	Barometer 195 über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wollenform.
10. Sept.	Nachm. 2	27° 10" 05	+15° 8	MD	1 heiter. Cu.
10. =	Abnds. 10	27° 9" 51	+10° 4	MD	0 heiter. Cu.
11. =	Morg. 6	27° 10" 97	+9° 3	MD	1 bew. Cu., Ci-cu.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. September 1866 Vormittags 8 Uhr — Fuß 7 Boll. = 11.

Uebersicht

der in Posen ankommenden und abgehenden Posten und Eisenbahnzüge.

Ankommende Posten.				Abgehende Posten.			
4 U. 30 M. früh Pers.-Post von Trzemeszno.	7 U. — M. früh Botenpost nach Dombrowka.	4 U. 35 —	— Wreschen.	7 U. 30 —	— Pers.-Post — Pleschen.	4 U. 40 —	— Wronowitz.
4 U. 40 —	—	4 U. 40 —	— Wronowitz.	7 U. 15 —	—	4 U. 40 —	— Unruhstadt.
5 —	—	5 —	— Krotoschin.	7 U. 15 —	—	5 —	— Nakel.
8 — 25 —	—	8 — 25 —	— Obornik.	8 U. 10 —	—	8 — 25 —	— Krotoschin.
8 — 50 —	—	8 — 50 —	— Scherwin a. W.	8 U. 30 —	—	8 — 50 —	— Gnesen.
10 —	—	10 —	— Ostrowo.	8 U. 30 —	—	10 —	— Strzalkowo.
10 — 15 —	—	10 — 15 —	— Zallichau.	12 — — Mitt.	—	10 — 15 —	— Gnesen.
10 — 40 —	—	10 — 40 —	— Strzalkowo.	1 — — Num.	—	10 — 40 —	— Obornik.
3 —	—	3 —	— Gnesen.	6 — —	—	3 —	— Ostrowo.
6 — 40 —	—	6 — 40 —	— Gnesen.	6 — 45 —	—	6 — 40 —	— Zallichau.
7 —	—	7 —	— Botenpost — Dombrowka.	7 U. 30 —	—	7 —	— Scherwin a. W.
7 U. 30 —	—	7 U. 30 —	— Pers.-Post — Krotoschin.	7 U. 15 —	—	7 U. 30 —	— Krotoschin.
7 U. 20 —	—	7 U. 20 —	— Unruhstadt.	7 U. 15 —	—	7 U. 20 —	— Wronowitz.
7 — 5 —	—	7 — 5 —	— Nakel.	10 — 30 —	—	7 — 5 —	— Trzemeszno.
8 — 15 —	—	8 — 15 —	— Pleschen.	11 — 30 —	—	8 — 15 —	— Wreschen.
9 — 35 —	—	9 — 35 —	— Scherwin a. W.	11 — 30 —	—	9 — 35 —	—

Ankommende Eisenbahnzüge				Abgehende Eisenbahnzüge			
Pers.-Z. von Kreuz.	5 50 Vrm.	6 Vrm.	Nach Breslau	5 50 Vrm.	6 Vrm.	5 50 Vrm.	6 Vrm.
Gem.-Z. — Kreuz.	9 30 —	9 30 —	Breslau	9 30 —	9 30 —	9 30 —	9 30 —
Pers.-Z. — Kreuz.	4 30 Nm.	4 30 Nm.	Breslau	4 30 Nm.	4 30 Nm.	4 30 Nm.	4 30 Nm.
Gem.-Z. — Breslau.	9 15 Vrm.	9 15 Vrm.	Kreuz	9 15 Vrm.	9 15 Vrm.	9 15 Vrm.	9 15 Vrm.
Pers.-Z. — Breslau.	11 15 Vrm.	11 15 Vrm.	Kreuz	11 15 Vrm.	11 15 Vrm.	11 15 Vrm.	11 15 Vrm.
Gem.-Z. — Breslau.	9 30 Nm.	9 30 Nm.	Kreuz	9 30 Nm.	9 30 Nm.	9 30 Nm.	9 30 Nm.

Telegramme.

Wien, 11. September. Laut eines kaiserlichen Generalbefehls soll die Armeereduktion aller Waffengattungen sofort vorgenommen und der normirte Friedensstand hergestellt werden.

Petersburg, 11. September. General Murawiew ist gestorben.

Sonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 10. September 1866.

Preussische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4 1/2	96 1/2 bz
Staats-Anl. 1859	5	103 1/2 bz
do. 54, 55, 57	4 1/2	96 1/2 bz
do. 56, 1859	4 1/2	96 1/2 bz
do. 1864	4 1/2	96 1/2 bz
do. 50, 52 conv.	4	87 1/2 bz
do. 1853	4	87 1/2 bz
do. 1862	4	87 1/2 bz
Präm. St. Anl. 1855	3 1/2	124 1/2 bz
Staats-Schuld.	3 1/2	84 1/2 bz
Rur.-u. Neum. Schuld.	3 1/2	83 bz
Oder-Deichb.-Dbl.	4 1/2	96 1/2 G 50/102 1/2
Berl. Stadt-Dbl.	4 1/2	96 1/2 G 50/102 1/2
do. do.	3 1/2	82 1/2 bz
Berl. Börse-Dbl.	5	—
Rur.-u. Neum. Marktische	3 1/2	80 bz
Nitpreussische	3 1/2	90 1/2 bz
do. do.	4	86 1/2 bz
Pommersche	3 1/2	81 bz
do. neue	4	91 1/2 bz
Posenische	4	—
do. do.	3 1/2	—
do. neue	4	90 1/2 bz
Schlesische	3 1/2	87 1/2 bz
do. Litt. A.	3 1/2	—
Westpreussische	3 1/2	77 1/2 bz
do. do.	4	86 bz
do. neue	4 1/2	93 1/2 bz
Rur.-u. Neumarkt.	4	83 1/2 bz
Pommersche	4	89 1/2 bz
Posenische	4	89 1/2 bz
Preussische	4	89 1/2 bz
Rhein.-Westf.	4	95 1/2 G
Sächsische	4	91 1/2 G
Schlesische	4	92 1/2 G

Ausländische Fonds.

Deutr. Metalliques	5	48 1/2 G
do. National-Anl.	5	53 1/2 bz
do. 250 fl. Präm. Dbl.	4	59 1/2 bz
do. 100 fl. Kred. Loose	—	65 bz
do. 5 pr. Loose (1860)	5	64 bz
do. Pr. Sch. v. 1864	—	38 bz
do. Slb.-Anl. 1864	5	61 G
Stalenijsche Anleihe	5	58—58 1/2 bz u B
5. Stieglitz Anl.	5	63 1/2 G
do. do.	5	83 bz
Englische Anl.	5	87 1/2 G
Russ. Egl. Anl.	3	53 B
do. v. J. 1862	5	88 1/2 bz
do. 1864	5	95 G
do. engl.	5	91 G
do. Pr. Anl. 1864	5	86 1/2 bz, n. 82 1/2 bz
Poln. Schatz-D.	4	65 bz u G
do. fl.	4	—
Cert. A. 300 fl.	5	88 1/2 bz
Pfandbr. n. i. d. R.	4	61 1/2 G
Part. D. 500 fl.	4	83 G
Amerik. Anleihe	6	76 1/2 bz
Rurb. 40 Thlr. Loose	—	55 1/2 B
Neue Bad. 35 fl. Loose	—	2 1/2 B
Deutscher Präm. Anl.	3 1/2	102 etw bz u G
Lübecker Präm. Anl.	3 1/2	49 1/2 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	150 bz
Berl. Handels-Ges.	4	107 G
Braunschwg. Bank	4	85 1/2 G
Bremer do.	4	115 1/2 G
Coburger Kredit-d.	4	93 B
Danzig. Priv.-Bl.	4	107 G
Darmstädter Kred.	4	82 1/2 bz u G
do. Zettel-Bank	4	97 1/2 B
Deutscher Kredit-B.	0	2 1/2 B
Deutscher Landesbl.	4	—
Disl. Komm. Anth.	4	98 B
Genfer Kreditbank	4	23 bz u B
Germer Bank	4	105 B
Gothaer Privat do.	4	97 B
Hannoversche do.	4	83 etw bz
Königsb. Privatbl.	4	108 G

Leipziger Kreditbl.	4	79 1/2 Rl. bz
Luxemburger Bank	4	82 1/2 B
Magdeb. Privatbl.	4	95 etw bz
Meininger Kreditbl.	4	95 B
Moldau. Land. Bl.	4	21 1/2 B
Norddeutsche do.	4	117 1/2 G
Deutr. Kredit. do.	5	62 1/2 B
Komm. Ritter. do.	4	93 G
Posener Prov. Bank	4	99 1/2 B
Preuss. Bank-Anth.	4 1/2	159 1/2 bz
Schle. Bankverein	4	112 etw bz
Thüring. Bank	4	66 G
Bereinsbnf. Hamb.	4	108 1/2 B
Weimar. Bank	4	97 B
Pr. Hypoth.-Vers.	4	110 G
do. do. Certific.	4 1/2	101 G
do. do. (Genel.)	4 1/2	97 B
Genelische Cred. B.	4	95 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	—
do. II. Em.	4	83 1/2 G
do. III. Em.	4 1/2	—
Aachen-Maastricht	4 1/2	56 B
do. II. Em.	5	56 1/2 B
Bergisch-Märkische	4 1/2	97 1/2 B
do. II. Ser. (conv.)	4 1/2	—
do. III. S. 3 1/2 (R. S.)	3 1/2	76 1/2 bz
do. Litt. B.	3 1/2	76 1/2 bz
do. IV. Ser.	4 1/2	94 1/2 bz
do. V. Ser.	4 1/2	94 bz u B
do. Düsseldorf. Elberf.	4	—
do. II. Em.	4 1/2	—
III. S. (Om.-Societ.)	4	—
do. II. Ser.	4 1/2	93 1/2 B
Berlin-Anhalt	4	92 B
do. do.	4 1/2	96 G
do. Litt. B.	4	94 bz
Berlin-Hamburg	4	—
do. II. Em.	4	89 1/2 B
Berl. Potsd.-Mg.	4	89 1/2 B
do. Litt. B.	4	89 1/2 B
do. Litt. O.	4	88 1/2 B
Berlin-Stettin	4 1/2	—
do. II. Em.	4	86 1/2 B

Berl.-Stet. III. Em.	4
----------------------	---